

p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG
NR. 12 / 31. MÄRZ 23

IBAN: CH40 0900 0000 8756 9389 2

Mit LOOP

IM GESPRÄCH

Generationenwechsel bei den Zürcher Grünen

SEITE 12 – 13

REPLIKEN

**Widerspruch zu Verkehr,
Verdichtung und Krieg**

S. 6 – 7, 14 – 15

MIETRECHTSREVISION

**Eine Schwächung auf
Kosten der Mieter:innen**

S. 17

KOLOSSALES DILEMMA

**Trost durchs Leben
versus Trost im Tod**

S. 23

(Wieder-)Entdecken

Trotz der ärmlichen Herkunft von Friedl Dicker-Brandeis (1898-1944) ermöglichte ihr der Vater ein Fotografielehre, wonach sie sich (selbstfinanziert) mit weiteren Studien beschäftigte. Walter Gropius lobte sie als «zu den allerbesten des Instituts» (Bauhaus) gehörend, während andere sie als unter den vielen dortigen Talenten «die einzige, die weiterging und ihre eigene Stimme fand» beschrieben. Sie war Architektin, Grafikerin, Malerin, schuf nebenher Bühnenbilder und -kostüme, erdachte Puppen und -spiele, baute Möbel, designte Schmuck. Im Privaten hatte sie gemäss fembio.org wenig Glück und mit dem Aufstieg der Nazis überschattete die Tragik ihr Schicksal als kommunistische Jüdin. Sie wurde in Auschwitz ermordet. Jetzt ist ihr Werk aus allen Schaffensperioden erstmals in der Schweiz zu sehen und der Verlag de Gruyter widmet ihr eine Monografie. *froh.*



Friedl Dicker-Brandeis «Studie zu Anna Selbdrith», um 1920, Kunstsammlung und Archiv, Universität für angewandte Kunst Wien (Foto Manuel Carreon Lopez, kunst-dokumentation.com)

«Eine Künstlerin der Moderne: Friedl Dicker-Brandeis», bis 18.6., ETH Zürich, Graphische Sammlung, Rämistr. 101, HG E 52. Eintritt frei.

Gegensätze

Die frankophone Presse nennt das Musikprojekt von Noémie Griess «le sensible à trois têtes». Das Projekt «Barrio Colette» – 2019 als Solo gestartet,



unterdessen gemeinsam mit Anissa Cadelli und Nicolas Scolari raffiniert – spielt sogenannten

Psychedelic-Synth-Pop und auch bezüglich der Inhalte und der Attitüde mit vermeintlich unvereinbaren Gegensätzen. Aber wer aus Genf kommt, wo Escortdamen und Hausbesetzerpunkts gefühlt in vergleichbarer Zahl das Strassenbild prägen, braucht auch selbst das Wagnis Spagat nicht zu fürchten. Lustbetont und frech muss er sein. Kritiker:innen betiteln ihren Sound als «das Beste aus den Welten von Maria Carey und Françoise Hardy», was jetzt nicht eben als Grund zum Tiefstapeln klingt... Sie besingen Androgynität oder Geschlechterverunsicherung «Filles/Garçons» und plädieren mit «Pleurer en Public» die Überwindung der Orientierung an sogenannten gesellschaftlichen Konventionen. *froh.*

Barrio Colette: «Filles/Garçons», Sa, 1.4., 20.45, Helsinki Klub, Zürich.

Topmanagerinnen

Die belgische Fimerin Frédérique de Montblanc begleitet in «Dragon Women», dem fragwürdigen Spitznamen für Frauen in Spitzenpositionen



in der internationalen Finanzwirtschaft, fünf Frauen im Privaten wie im Geschäftlichen. Gemäss greifbaren Kritiken tut die Regisseurin dies offenkundig nicht zwecks Systemkritik oder aus der Interessiertheit, wie (wenige) Frauen eine Männerbastion verändern (könnten). Sie zeigt fünf Portraits von fünf Frauen, die sich beruflich bis zuoberst durchgeboxt haben und sich in diesem sogenannten hochkompetitiven Milieu halten. Am ehesten vergleichbar erscheint diese neutrale Portraitposition also mit dem Eintauchen in eine höchstens ungefähr bekannte Welt. Dafür sollen die einzelnen Persönlichkeiten und ihr jeweiliger Umfang mit der sogenannten Work-Life-Balance inklusive Familienplanung gewichtiger im Fokus des Films stehen. *froh.*

«Dragon Women», Sonntagsmatinée vom 2. bis 23.4., 12h, Kino Xenix, Zürich.

«Salzstängeliwiesen»

Zehn im eigentlichen Sinne experimentell-intelligente Jux-Performanceabende innerhalb von zwei Jahren fanden unter dem Prädikat «Raumpatrouille Wintsch» im Fabriktheater der Roten Fabrik statt. Immer mit Gästen, insgesamt fünfzig



an der Zahl, und immer vollends überraschend in Ursprung, Entwicklung und Ergebnis. Weil Serien einen Höhepunkt brauchen, respektive das offenbar so gehandhabt wird, und Denise Wintsch noch nie

keine Scheu vor allzu grossen Gesten hatte, wird jetzt ein 2D-Rapportbuch inklusive Stereo-Hörbuch (erklärermassen kein Podcast) und gaaanz vielen Fotonen aus dieser Zeit herausgebracht, der Ankündigung gemäss wird jedes ein Unikat. Und gefeiert wird dies wiederum mit Gästen, einer Ausstellung, einer Performance, einer Party und was so alles dazugehört, wenn der freien Assoziation jede Kette abgenommen wird. Sinn, Tiefsinn, Blödsinn ergeben alle zusammen Frohsinn. *froh.*

«Raumpatrouille Wintsch – 2D-Buchpräsentation», Di, 4.4., 20h, Fabriktheater, Zürich.

Wille zur Wahrheit

Letizia Fiorenza, deren Theatertrilogie «U Purpu», «Zirkadien» und «Allergie» in diesen Spalten aus aufrichtigem Grund sehr freudig abgehandelt werden konnte, hat mit «Emozioni oder Geschwisterliebe» ein weiteres Stück geschrieben – steht aber für einmal selber gar nicht auf der Bühne. Zwei Männer, zwei Frauen und ein Musiker machen sich mit dem Fokus auf die Erinnerung daran, wie sich vier Geschwister 1970 zur Zeit der ersten Überfremdungsinitiative von James Schwarzenbach



(Foto: Jos Schmid)

nach dem «gewährten Aufenthaltsrecht» während eines Familientreffens der nicht unwesentlichen Frage annehmen, ob an ihren jährlichen Familientreffen immer zur Musik von Lucio Battisti gesungen werden soll, oder ob der unbedingte Wille respektive Zwang zur Assimilation nicht vielleicht die bisherige Tradition überwinden müsste und Jodel an dessen Stelle zu treten habe. *froh.*

«Emozioni oder Geschwisterliebe», Di/Mi, 4./5.4., 20.15h, ThiK Baden. Di, 13. bis Sa, 17.6., 20h, Kulturmarkt, Zürich.

Vom Irrgarten zum Labyrinth

Zum Frühlingsanfang wurde auf dem Grossmünsterplatz – 32 Jahre nach der ersten Projekteingabe – Zürichs zweites Labyrinth eingeweiht. Nach dem Pflanzenlabyrinth im Zeughausareal laden die Labyrinthfrauen nun auch im neuen Steinlabyrinth direkt zu Füßen des Karlsturms ein zur besinnlichen Einkehr und zur mutigen «Auskehr» für eine solidarische Welt.

Hannes Lindenmeyer

Zwei Tage nach dem spektakulären Zusammenbruch der Credit Suisse steige ich auf dem Weg zur Labyrinth-Einweihung am Paradeplatz aus dem Tram. Journalist:innen filmen und befragen konsternierte Schaulustige vor der Fassade des einst ehrwürdigen Kreditanstalt-Palastes. Nach wenigen Schritten stehe ich auf dem noch verhüllten Grossmünsterplatz. Stadträtin Simone Brander erklärt den Vernissage-Gästen den Unterschied zwischen einem Irrgarten und einem Labyrinth: «Im Irrgarten kann man sich verlaufen. Er besteht aus Abzweigungen, die führen immer wieder in Sackgassen. Wenn man Pech hat, findet man nie mehr use. Ein Labyrinth dagegen hat einen Weg, der über viele Schlaufen zur Mitte führt und von dort wieder hinaus in die Welt.» Genau so ist es mir gegangen: Vom Irrgarten Paradeplatz – dort, wo Gier und Wachstumstaumel in die Sackgasse eines weltweiten Finanzchaos geführt haben –, bin ich hierher gekommen zum Labyrinth, das alle einlädt, auf dem kurvenreichen Weg zur Mitte zu Besinnung und stiller Einkehr zu kommen, um danach von dort auf ebenso verschlungenen Pfaden wieder hinaus in die Welt zu schreiten, gestärkt mit Einsichten und Erfahrungen.

Vor 32 Jahren haben zwei Frauen, Agnes Barmettler und Rosmarie Schmid, am Projektwettbewerb «Zürich morgen» erfolgreich teilgenommen.



Die Labyrinthgründerinnen von 1991: Agnes Barmettler (links) und Rosmarie Schmid.

Sie verstanden ihr Vorhaben als Auftakt zur Umsetzung ihrer Vision eines internationalen Frauenprojektes mit Labyrinthplätzen an 133 Orten. «Labyrinthplätze sind Foren für den täglichen Brauch, sind Frauenplätze als Herausforderung, um mit allen Schichten der Bevölkerung in direkter öffentlicher Auseinandersetzung am politischen und kulturellen Klima eines Ortes zu schaffen.» Ausgerechnet im patriotischen Jubeljahr 1991, zwanzig



Das Steinlabyrinth vor dem Grossmünster wird erst enthüllt und dann feierlich eingeweiht – 32 Jahre nach dem Projektwettbewerb «Zürich morgen». (Fotos: Sabine Rock)

Jahre nach der so schändlich späten Einführung des Frauenstimmrechts, startet damit ein feministisches Projekt.

Damals konnte sich der Stadtrat allerdings noch nicht für den prominenten Standort vor Zürichs weltweit bekanntem Wahrzeichen, dem Grossmünster, durchringen. Er wies den Frauen den noch wenig bekannten, vor allem von Menschen am Rande der Gesellschaft benutzten Zeughaushof zu. Kaum jemand hatte sich damals denken können, dass die hier eingesetzten zarten Pflänzchen mehr als ein Jahr überleben würden und dreissig Jahre später als blühendes Paradies auf das «politische und kulturelle Klima des Ortes» ausstrahlen, wie das die Pionierinnen vorausgesagt haben.

Zum 30-jährigen Jubiläum des Pflanzenlabyrinths haben zwei Frauen der nächsten Generation, Anna Leiser und Zita Küng, den Faden des ersten Projektes wieder aufgenommen. Diesmal konnten sie den Stadtrat überzeugen, endlich auf dem Grossmünsterplatz das seinerzeit geplante Steinlabyrinth einzurichten. Dieses lädt nun – eingemauert in die Bsetzsteine – als Frauenplatz die Bevölkerung ein, «beim Hineingehen sich selbst zu finden und auf dem Weg hinaus sich wieder mit der Welt zu verbinden, weil wir ohne Verbindung nicht leben können», wie Zita Küng in ihrer Einweihungsrede erklärt. «Das Bild des La-

byrinths ist für Frauen und Feministinnen interessant, weil es nie eindimensional und eindeutig ist. Das Labyrinth ist kein geschlossener Kreis – das Labyrinth ist immer offen. Diese Offenheit ist eine Einladung an alle und eine Herausforderung für uns: Wie können wir eine gemeinsame Kommunikationskultur entwickeln? Hier auf dem Grossmünsterplatz wird das Steinlabyrinth vom Tag 1 an freigelassen und ist ein Geschenk an alle. Es wird Raum schaffen für eine Frauenperspektive», führt Zita Küng weiter aus. Eine Frauenperspektive, ausgerechnet vor dem Karlsturm, dem Turm mit dem Namen Kaiser Karl des Grossen, Gründer des Chorherren-Stifts, Denkmal für 1200 Jahre Patriarchat.

«Zeitenwende» hat mit guten Gründen Chance, zum Stichwort der letzten drei Jahre erkürt zu werden: Klimawandel, Pandemie, Krieg, Finanzkrise, eine Sackgasse reiht sich im Irrgarten der Gegenwart an die nächste. Nicht alle, aber die meisten dieser «wendebedürftigen» Krisen sind patriarchal geprägt. Zum Weg, der aus der Mitte des Labyrinths hinaus in diese krisengeschüttelte Welt führt passt, dass demnächst, am 14. Juni der nächste Frauenstreik angesagt ist, meint Anna Leiser. Zum Schluss singt La Lupa «Gracias a la vida» und begleitet mit diesem Lied alle, die es versuchen wollen, auf dem Weg hinein zur Mitte und wieder hinaus ins Leben, in die Welt.

Prunkbau mit halbiertem Kunst

Der Zürcher Kantonsrat war am Montag fleissig. Er bewilligte 600 Millionen Franken für das Forum, ein Neubau der Universität für 6000 Studierende und Forschung im Stadtzentrum. Dazu präsentierte sich eine Finanzallianz.

Koni Loepfe

Vor der Kantonsratssitzung bat ein Gruppenbild mittelalterlicher Herren mit Dame zu einer Früh-sitzung. Angekündigt war eine Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien SVP, FDP und Mitte in der neuen Legislaturperiode in Wirtschafts- und Finanzfragen. Präsentiert wurde ein Vorstosspaket mit fünf Elementen, die weder kantonsbewegend noch neu waren. Alle fünf Vorstösse haben einen Kern: Die Sicherung der von der Regierung vorgesehenen Reduktion des Steuerfusses um wenigstens zwei Punkte und die Senkung der Gewinnsteuer für die Unternehmen um einen Punkt. Zwei Vorstösse sind konkret, drei eher theoretischer Natur. Die beiden konkreten: Die Angleichung der kalten Progression bei den Steuern jedes Jahr statt alle zwei Jahre. In Zeiten von Inflation ist das eine Entlastung für die Steuerzahler:innen (logischerweise fällt dies vor allem bei hohen Steuern ins Gewicht) und eine Belastung des Staats. Mit dem zweiten Vorstoss soll der Teuerungsausgleich für die Kantonsangestellten (und damit für die meisten Gemeindeangestellten) so berechnet werden, dass er sich in Relation zu der «Realwirtschaft» bewegen soll. Der Grund: Der Regierungsrat hielt sich an die Verordnung und den abgemachten Zeitpunkt des Teuerungsausgleichs, was bewirkte, dass die Staatsangestellten für 2023 mit einem Plus von 3,5 Prozent gut wegkamen. Da soll der Kantonsrat mehr mitbestimmen.

Die drei schwebenden Vorstösse: Es soll eine Ausgabenbremse bei Investitionen geben, wenn diese mittelfristig nicht mehr aus der laufenden Rechnung bezahlt werden können. Das ist erstens derzeit erfüllt und zweitens könnte es auch für das Gewerbe interessant und nötig sein, wenn der Kanton in der Krise investiert. Einnahmen aus Sonderfällen (gedacht ist vor allem an jene der Nationalbank) sollen von der laufenden Rechnung in einen Reservefonds für schwierige Zeiten überführt werden. Also noch ein Töpfchen mehr zu den vielen schon Bestehenden. Und zuletzt ein Vorstoss für die Faulen: Die Regierung soll die Risiken der Axpo, der ZKB und anderen selbstständigen Anstalten in einem Bericht zu den eigenen Risiken abschätzen. Heute muss man dafür noch die Geschäftsberichte der betreffenden Unternehmen selber lesen.



Das Forum Universität Zürich UZH, Gesamtbild von aussen. (Quelle: Herzog & de Meuron)

Schmürzelig

Im Zentrum des Vormittags stand der Bau von Herzog & de Meuron (siehe Bild), der bis 2029 Platz für 6000 zusätzliche Studierende und 1500 Forschende bieten soll, dessen Räume für das Quartier und den Sport offenstehen wer-

... und so gewann die goldene Mitte, die hier eher die schäbige oder schmürzelige Mitte genannt sein sollte.

den und der 600 Millionen Franken kosten wird. Unbestritten war der Platzbedarf der Universität, etwas weniger, ob es nicht auch ein billigerer Zweckbau täte.

Dieses Unbehagen kam aber nicht wirklich zum Ausdruck. Einzig SVP-Präsident Domenik Ledergerber betonte, dass zumindest sein Bauch bei diesem Projekt (eigentlich ja nur ein Schulhaus) ein schlechtes Gefühl habe. Alex Gantner (FDP) zog in zwei komplexen Voten (einfach kann er es nicht) über den Bau und Standort her, stimmte aber zum Schluss brav zu.

Das Unbehagen der Übrigen am Projekt – der Bau ist sicher dominant, gross und wohl auch schöner als für den Zweck nötig – zeigte sich bei den 3,5 Millionen Franken für die Kunst am Bau. Die SVP wollte diesen Posten ganz streichen, eine Mehrheit der Kommission unter Führung der FDP halbieren, die linke Ratsseite belassen. Markus Bischoff (AL) nannte die Haltung der Bürgerlichen «schmürzelig», was sich vor

allem bei der Abstimmung bestätigte. Den Grünen und den Grünliberalen war ein taktischer Trick gelungen, mit dem der Vorschlag der SVP frühzeitig ausschied und derjenige der SP sich durchsetzte. Fraktionspräsident Martin Hübscher verlangte Wiederholung der Abstimmung. Nun trickste er, indem er seinen Vorschlag fallen liess, und so gewann die goldene Mitte, die hier eher die schäbige oder schmürzelige Mitte genannt sein sollte.

Der Kantonsrat bewilligte zudem gegen die Stimmen der SVP noch 19 Millionen Franken für die Infrastrukturprojekte rund um den Neubau. Das Nein galt der vorgesehenen Tempo-30-Zone und Überquerung der Strasse auf der ganzen Breite für die Fussgänger:innen statt auf einem Zebrastreifen. Diese Schlacht, so kündigte Sonja Rueff (FDP) an, werde in der Stadt Zürich in einer Volksabstimmung entschieden, sodass die FDP sich hier nicht mit aller Kraft wehre. Zusätzliche 100 000 Franken für mehr Veloplätze scheiterten knapp.

Späte Rache

Kaum war Thomas Heiniger aus der Regierung ausgeschieden, gründete er die Axsana mit. Diese erhielt unter anderem den Auftrag, das elektronische Patientendossier zu entwickeln, und setzte es bisher mit viel Geld in den Sand. Mit einer Motion verlangte die AL, dass ein abtretender Regierungsrat in den ersten zwei Jahren nach dem Rücktritt keine Jobs auf dem Gebiet seiner Regierungstätigkeit antreten darf, da er zu stark von Beziehungen profitieren könnte. Gegen den Willen von Regierungsrat Ernst Stocker, der eh einen unglücklichen Nachmittag erlebte, gab es für die Motion ein Ja mit der SVP und gegen die SP.

Mit Grün gegen die Hitze

Der Zürcher Gemeinderat hat sich ausführlich mit der Grünstadt-Initiative befasst.

Nicole Soland

Die Sitzung des Zürcher Gemeinderats vom Mittwochabend startete mit persönlichen Erklärungen zur Studie zu den «Mohren-Inschriften» in der Zürcher Altstadt (siehe Artikel nebenan). Haupttraktandum des Abends war die Volksinitiative «Stadtgrün». Dazu war auf der Traktandenliste «Antrag auf Teilungsgültigkeit, Ablehnung, Gegenvorschlag und Rahmenkredit» vermerkt, und Kommissionsprecherin Carla Reinhard (GLP) schickte ihren Ausführungen voraus, es werde «ein bisschen kompliziert». Die Initiative «Stadtgrün» wurde am 12. März 2021 eingereicht und verlangt, dass sich die Stadt für ein «verbessertes Stadtklima» einsetzt und zu diesem Zweck die Begrünung auf öffentlichen und privaten Grundstücken sowie an Bauten in der Stadt einsetzt. Die zweite Forderung lautet, unter dem Namen «Stiftung Stadtgrün Zürich» (SSZ) eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit zu schaffen, deren Zweck darin bestehen soll, die Forderungen der Initiative umzusetzen und so deren Ziele zu erreichen. Dafür soll die SSZ von der Stadt finanzielle, nicht rückzahlbare Beiträge in der Höhe von mindestens einem Prozent der jährlichen Steuereinnahmen der Stadt Zürich erhalten. Der Stadtrat habe die Initiative geprüft und zwei Bestimmungen für ungültig erklärt, sagte Carla Reinhard, weshalb auch über eine Teilungsgültigkeit abgestimmt werden müsse: Die Vorgabe, je eine Vertreter:in der betroffenen Departemente in die Geschäftsleitung der Stiftung zu entsenden, sei laut dem Stadtrat rechtlich nicht mit dem Grundsatz dessen Organisationsautonomie vereinbar. Andererseits erkläre er auch die Finanzierung für ungültig, denn die geforderte Zweckbindung von einem Prozent der jährlichen Steuereinnahmen widerspreche unter anderem kantonalem Recht. Deshalb lehne der Stadtrat die Initiative ab und präsentiere mit dieser Vorlage einen direkten Gegenvorschlag zum Programmartikel, also Teil eins der Initiative, sowie einen Rahmenkredit von 83 Millionen Franken als indirekten Gegenvorschlag zur geforderten Stiftung.

«Der direkte Gegenvorschlag sieht, wie die Initiative, die Verankerung der Grundsätze zur Grünraumförderung in der Gemeindeordnung vor», fuhr Carla Reinhard fort, «aber mit zwei Unterschieden zur Initiative». So heisst es einerseits statt «Reduzierung der Lärmbelastung» nun «Verbesserung der akustischen Qualität», weil der Lärmschutz auf Bundesebene geregelt ist. Andererseits soll die Formulierung «qualitativer Gewässerschutz» ergänzt werden um die «Verbesserung von Wasserkreisläufen». Der indirekte Gegenvorschlag beinhaltet

den Rahmenkredit von 83 Millionen Franken und nimmt die vorgeschlagenen Aktivitäten der Stiftung auf, doch die Umsetzung soll verwaltungsintern erfolgen, und zwar mittels vier Programmen: 1. Hitzemindernde Massnahmen auf städtischen Grünflächen und Plätzen sowie in Strassenräumen, 2. Beratung und Förderung hitzemindernder Massnahmen bei privaten Eigentümerschaften, 3. Förderung hitzemindernder Massnahmen für Eigenwirtschaftsbetriebe von Liegenschaften Stadt Zürich, und 4. Forschungs- und Pilotprojekte im Bereich hitzemindernder Massnahmen. Die Umsetzung soll analog des Netto-Null-Ziels der Verwaltung bis 2035 erfolgen und 17,4 Vollzeitäquivalente erfordern, was ab zirka 2026, wenn all diese Stellen besetzt sind, rund 2,6 Millionen Franken pro Jahr kostet.

Nun als Sprecherin der Mehrheit der Kommission fügte Carla Reinhard an, diese befürworte die Teilungsgültigkeit, da die wesentlichen Inhalte der Initiative erhalten blieben. Die Kommission lehne zudem die Initiative ab, die Mehrheit unterstütze aber deren Anliegen und sei sich einig, dass es Handlungsbedarf gebe und das Tempo erhöht werden müsse. Weil sie «Doppelspurigkeiten» befürchte, sei die Mehrheit aber für die verwaltungsinterne Umsetzung. Mit den beiden bereits erwähnten Anpassungen unterstütze die Mehrheit auch den Gegenvorschlag, und schliesslich seien alle dafür, vier Vorstösse abzuschreiben, welche dieselben Ziele verfolgten.

130-Millionen-Rahmenkredit

Für die Minderheit erklärte Johann Widmer (SVP), seine Fraktion lehne Initiative wie Gegenvorschlag ab, denn sie seien «das Papier nicht wert, auf das sie gedruckt seien». Sebastian Vogel (FDP) stellte fest, «es wurmt uns natürlich, dass wir Geld in die Hand nehmen müssen für Reparaturen von Fehlern, die in der Vergangenheit dieselben Regierungsmehrheiten gemacht haben, doch die Bevölkerung deshalb im Sommer der brütenden Hitze auszusetzen, kommt auch für uns nicht infrage». Laut Informationen der Verwaltung sollte man mit den 83 Millionen Franken durchkommen, fügte er an, weshalb die FDP den städtischen Gegenvorschlag mit dem vorgesehenen Budget unterstützte und somit den Änderungsantrag von SP, Grünen, AL, GLP und Mitte-/EVP ablehnte, die den Betrag auf 130 Millionen Franken aufstocken wollten. Der Rahmenkredit über 130 Millionen Franken kam mit 85 gegen 33 Stimmen (von SVP und FDP) durch. Die AL und die Mitte-/EVP scheiterten mit ihrem Antrag, keinen Rahmenkredit zu schaffen, sondern das Geld aus dem normalen Budget zu nehmen, während sich die Mehrheit unter anderem noch dafür aussprach, dass beim Programm Nr. 3 bestehende und neue Bauten berücksichtigt werden. Die bereinigte Vorlage geht nun noch an die Redaktionskommission.

Alte Inschriften?

Was soll mit den «Mohren-Inschriften» an zwei Liegenschaften der Stadt Zürich im Niederdorf passieren? An einer Medienkonferenz im Stadthaus wurde am Dienstag eine Studie mit dem Titel «Zürcher «Mohren»-Fantasien. Eine bau- und begriffsgeschichtliche Auslegeordnung, ca. 1400–2022» präsentiert. Verfasst haben sie Ashkira Darman, freischaffende promovierte Mediävistin, und Bernhard C. Schär, Professor an der Universität Lausanne.

In ihren einleitenden Worten führte Stadtpräsidentin Corine Mauch unter anderem aus, die Studie leiste «einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung einer sehr emotional geführten Debatte». Zudem strich sie eine Erkenntnis der Studie heraus, jene nämlich, dass «das M-Wort schon immer abwertend verwendet wurde und bis heute abwertend verwendet wird». Sie sprach auch kurz den kürzlich erfolgten Entscheid des Baurekursgerichts an, das den Rekurs des Zürcher Heimatschutzes und des Stadtzürcher Heimatschutzes gegen die Abdeckung der Schriftzüge gutgeheissen hatte. Der Entscheid sei noch nicht rechtskräftig, und der Stadtrat beabsichtige den Weiterzug ans Verwaltungsgericht, sagte die Stadtpräsidentin.

Die beiden Forscher:innen präsentierten sodann ihre Erkenntnisse. Nebst der bereits erwähnten Tatsache, dass der Begriff und die Symbolik des «Mohren» stets eine abwertende Funktion hatten, sticht hervor, dass die Inschriften keineswegs «uralte» sind, im Gegenteil: Sowohl die Inschriften an der Liegenschaft Neumarkt 13 als auch jener an der Niederdorfstrasse 29 wurden im 20. Jahrhundert angebracht. Sie seien in einem Prozess entstanden, der als «Erfindung der Altstadt» umschrieben werden könne: «Die unpopulär gewordenen Innenstädte wurden baulich aufgewertet und kulturell mit einer neuen Bedeutung versehen.» Die Beschriftungen seien somit nicht Teil eines mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Erbes oder einer ungebrochenen historischen Tradition: «Es handelt sich vielmehr um nachträgliche Konstruktionen, die mehr über die Wünsche ihrer Auftraggebenden als über die Vergangenheit aussagen.»

Die Inschriften wurden auch in der Gemeinderatssitzung vom Mittwoch thematisiert: In einer persönlichen Erklärung sagte Stefan Urech (SVP), die Studie zu den «Mohren-Inschriften» im Zürcher Niederdorf sei «unseriös», ja «ohne Quellenangaben». Hätte er etwas Vergleichbares als Bachelor- oder Masterarbeit an der Pädagogischen Hochschule Zürich eingereicht, wäre er durchgefallen. (Klammer: Im Exemplar, das P.S. vorliegt, folgen die Quellenangaben im Anhang auf den Seiten 108 bis 123, Klammer zu.) Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) hingegen erklärte, auch solche Inschriften könnten Menschen verletzen. Die Inschriften seien nicht historisch, und es sei richtig, dass der Stadtrat den Entscheid des Baurekursgerichts anfechten wolle. *nic.*

Wirklich «überzogene» Erwartungen?

Besten Dank an Min Li Marti, die mich in ihren «Gedanken zur Woche» im P.S. vom 17. März zitiert hat. Da in dem Artikel der unterschwellige Vorwurf «überzogener» Erwartungen mit-schwingt, möchte ich dazu Stellung nehmen.

Silas Hobi*

Der Artikel startet mit der angeblichen Eröffnung der Velovorzugsroute: ein Missverständnis. Nachdem die Stadt Zürich am 6. März 2023 ihre Medieneinladung mit «Die erste Velovorzugsroute ist fertig» titelte, präzisierte sie am 9. März in der Medieneinladung: «Erster Umsetzungsschritt des Velovorzugsroutennetzes fertiggestellt.» Das tönte natürlich ganz anders, aber da war der Schaden leider schon angerichtet. Wegen der Mitteilung vom 6. März wurde die Velovorzugsroute von allen Seiten kritisiert. Persönlich bedaure ich das, weil ich es sehr begrüsse, dass die Stadt diesbezüglich zügig und mutig vorwärts macht. Und ich bin froh, dass die Stadt selbst einsieht, dass es noch deutliche Verbesserungen braucht. Die Velovorzugsroute wurde entsprechend noch gar nicht wirklich eröffnet, sondern lediglich mit Signalisationen und farblichen Markierungen optimiert. Deshalb verkehren zurzeit noch zu viele Autos auf dieser Veloroute.

Der tragische Velounfall, der kurz nach der Einführung der neuen Massnahmen auf der Route passiert ist, erinnert uns leider schmerzhaft an das eigentliche Ziel der Velorouten-Initiative. Aufgrund der in den letzten Jahren stark angestiegenen Velounfälle in der Stadt Zürich ging es im Herbst 2017 bei der Wahlkampf-Initiative der SP um die Verkehrssicherheit für Velofahrer:innen. Kernstück der Initiative war die weitgehende Trennung des Autoverkehrs und des Veloverkehrs, weil dies die Sicherheit nachweislich deutlich erhöht.

Die Velorouten-Initiative war eine SP-Erfolgskampagne und wurde im September 2020 mit über 70 Prozent Ja-Stimmen deutlich angenommen. Seither steht in der Gemeindeordnung der Stadt Zürich: «Die Veloschnellrouten sind grundsätzlich frei vom motorisierten Indi-

vidualverkehr», was so viel heisst wie «autofrei». Auch wenn der Stadtrat Ausnahmen für die Anwohner:innen, das Gewerbe, die Blaublichtorganisationen sowie für mobilitätsbehinderte Personen regelt, ist der Volksauftrag klar: ein durchgehendes Netz an sicheren Velorouten mit möglichst wenigen Autos. Die Befreiung vom Durchgangsverkehr einzufordern, ist deshalb keine «überzogene» Erwartung, sondern entspricht dem gültigen Gesetz.

Ähnlich verhält es sich auch mit den Stadtklima-Initiativen. Mit diesen möchte umverkehR – gemeinsam mit der SP und vielen weiteren Partnerorganisationen – zehn Jahre lang jährlich ein Prozent der Strassenfläche umwandeln – zur Hälfte in Flächen für den öV, Fuss- und Veloverkehr und zur Hälfte in Grünflächen mit Bäumen. Damit leisten die Initiativen einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Ursachen und Folgen der Klimakrise: Die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen des Verkehrs können reduziert

Im Verkehrsbereich muss Netto-Null bis 2030 erreicht werden. Der Stadtrat hat dafür bisher keine Strategie.

werden und die Bevölkerung wird vor künftigen Hitzewellen geschützt. Obwohl dies den Zielen der Stadt Zürich, dem durch die Bevölkerung 2021 angenommenen Verkehrsrichtplan sowie der Strategie «Stadtraum und Mobilität 2040» entspricht, hat der Stadtrat die Initiativen im Dezember 2022 abgelehnt und zahnlose Gegenvorschläge präsentiert. Aus



Velo, Wunsch und Wirklichkeit auf den Punkt gebracht. (Bild: umverkehR)

meiner in diesem Zusammenhang geäusserten Kritik in einem Interview auf Tsüri.ch wurde von Min Li Marti ein Zitat verwendet und sie kam zum Schluss: «Überzogene Erwartungen führen letztlich stets in die Enttäuschung.» Angesichts des eben publizierten neuesten Berichts des IPCC, der die Regierungen in aller Deutlichkeit mahnt, bis 2030 sehr substanzielle CO₂-Einsparungen zu erzielen, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, frage ich mich: Kann es bezüglich Klimaschutz überhaupt «überzogene» Erwartungen geben?

Der Verkehrsrichtplan hält fest, dass im Verkehrsbereich Netto Null bis 2030 erreicht werden muss. Der Stadtrat hat dafür bisher keine Strategie. In den letzten Jahren hat er bezüglich der Umsetzung des Lärmschutzes durch Tempo 30, bei der Umgestaltung der Bellerivestrasse oder bezüglich flankierender Massnahmen auf der Rosengartenachse gegenüber dem Kanton zu wenig Zähne gezeigt und dadurch viel

wertvolle Zeit verloren. Das ist umso unverständlicher, wenn man sich in Erinnerung ruft, dass heute unbestrittene grosse verkehrspolitische Erfolge wie die Verkehrsberuhigung der Westtangente oder das autofreie Limmatquai vor Gericht erkämpft werden mussten. Damals hat der Stadtrat den Konflikt mit dem Kanton nicht gescheut. Angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise, aber auch bezüglich Lärmschutz, Verkehrssicherheit und attraktiven öffentlichen Räumen für alle ist ein mutiges und entschlossenes Vorgehen der Zürcher Stadtregierung zwingend. Anliegen wie die Stadtklima-Initiativen stellen vor diesem Hintergrund keine «überzogenen» Erwartungen, sondern einen sinnvollen und dankbaren Steilpass dar, um die Verkehrswende mit grossen Schritten voranzutreiben und die Lebensqualität in Zürich weiter zu erhöhen.

* Silas Hobi ist Geschäftsleiter umverkehR

FORUM

Leserbrief zum «Gespräch der Woche» in der Ausgabe vom 24. März

Wozu soll das gut sein?

Zweifellos könnte in Zürich so dicht gebaut werden, dass 300 000 Menschen mehr hier wohnen könnten. Leider kann Sibylle Wälti im Gespräch mit Simon Jacoby nicht sagen, ob auch schnell genug gebaut werden könnte, wenn die Sogwirkung der Stadt ungebrochen bleibt. Und sie geht auch nicht auf die Frage ein, wozu das gut sein soll. Damit wir in 20 Jahren feststellen dürfen, dass die Ökonomie immer noch keine Idee hat, wie ein Wirtschaftsstandort ohne ewiges Wachstum funktionieren könnte?

Daniel Heierli, Zürich

Was trägt zu einer lebenswerten Stadt bei?

Hannes Lindenmeyer behauptet im P.S. vom 10. März, «Häuserbewegung trägt zu einer lebenswerten Stadt bei». Ich kann diese Aussage nicht einfach so stehen lassen. Weil ich das meiste in der Stadt zu Fuss gehe, bin ich unzählige Male am Koch-Areal vorbeigekommen. Es hat abgeschlossen, abweisend und hässlich auf mich gewirkt. Es hat immer ein muffiger Geruch aus dem Areal geweht – und das während Jahren. Vermutlich haben die Leute dort die sanitären, wohngygienischen Probleme nicht lösen können. Ist das lebenswert?

Recht hat Hannes Lindenmeyer, wenn er die Verdienste der Genossenschaftsbewegung beschreibt. Karthago ist eine gelungene Sache, aber ich erinnere mich auch an die Wogeno. 1997 wurde eine Motion von mir als Postulat im Kantonsrat überwiesen. Der Vorstoss forderte eine

Anpassung des Geltungsbereichs des kantonalen Gesetzes über die Förderung des Wohnungsbaus und des Wohneigentums an das Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz des Bundes. Konkret sollte der Kanton nicht nur den Wohnungsbau für Familien und Behinderte, sondern auch für Alleinstehende mit tiefen Einkommen fördern. Damit wurde die Finanzierungsgrundlage für neue Wohnformen im gemeinnützigen Wohnungsbau verbessert. Damit habe ich einen bescheidenen Beitrag geleistet.

Es wird immer wieder Brachen und leerstehende Gebäudekomplexe geben. Da müsste sich meines Erachtens die Stadt im Sinne einer Vorwärtsstrategie engagieren, damit Zwischenlösungen für Bevölkerungsgruppen gefunden werden, die auf sehr billigen Wohnraum angewiesen sind. Ich denke da an Lernende, Studierende, Alleinstehende mit Kindern, Menschen in einer persönlichen Übergangsphase. Warum verbindet man dies nicht mit einer Art Deal? Die Menschen erhalten Wohnraum zu einer bescheidenen Kostenbeteiligung wie für Wasser und Energie, und sie leisten im Gegenzug Freiwilligenarbeit im Wohnquartier. Nachbarschaftshilfe, Heime, Vereine, Kirchengemeinden suchen intensiv nach Freiwilligen. Vielleicht könnten sogar Schulklassen, Lernende oder sonst begabte Menschen aus dem Quartier zu einer attraktiven Gestaltung des Äusseren solcher zwischengenutzten Gebäude beitragen. So entstandene Fassadengestaltungen habe ich auf

meinen Wanderungen durch das Land gesehen. Es könnte eine soziale Vernetzung und Gegenseitigkeit entstehen, was zu einer lebenswerten Stadt beiträgt.

Liliane Waldner, www.fluss-frau.ch

IN KÜRZE

Nominationen

Am Montagabend haben die Grünen Kanton Zürich ihre Kandidaturen für die National- und Ständeratswahlen nominiert. Die Nationalratsliste wird angeführt von den Bisherigen Marionna Schlatter, Balthasar Glättli, Katharina Prelicz-Huber, Bastien Girod und Meret Schneider. Auf den sechsten Platz haben die Mitglieder die neue Präsidentin der Grünen Stadt Zürich Anna-Béatrice Schmalz gesetzt. Danach folgen die Kantonsrät:innen David Galechet, Edith Häusler und Fraktionspräsident Thomas Forrer. Als Ständerat wurde Daniel Leupi nominiert. Seine Wahl war unbestritten.

Bei der SVP war es am Dienstag hingegen knapper. Dort setzte sich erwartungsgemäss Gregor Rutz gegen Alfred Heer durch, aber relativ knapp mit 143 zu 136 Stimmen. Rutz führt auch die Liste der SVP für die Nationalratswahlen an. Nach den Bisherigen folgen auf den aussichtsreichen Plätzen Fraktionschef Martin Hübscher, Parteipräsident Dominik Ledergerber und Kantonsrätin Nina Fehr Düsel. *mlm.*

PETITION GEGEN DEN ABRUCH DES KINDERSPITALS



Durch den Neubau des Kinderspitals in der Lengg wird das alte Kinderspital in Hottingen zukünftig nicht mehr benötigt. Die Uni Zürich und das Universitätsspital wollen nun eigentlich tauschen – das Kispi-Areal gegen das Zentrum für Zahnmedizin an der Plattenstrasse, das an den alten Kispi-Standort umziehen soll. Den Anwohner:innen passt das nicht. So haben Raumplaner Hugo Wandeler, Stéphanie von Walterskirchen (EVP) und Mischa Schiwow (AL) rund 1100 Unterschriften gesammelt und vergangenen Mittwoch die Petition gegen den Abbruch des Kinderspitals der Staatskanzlei übergeben. Taugliche, medizinisch hochwertig ausgestattete Gesundheitszentren abzurechen, sei nicht zu verantworten – weder für ein Zentrum für Zahnmedizin noch für Wohnungen oder irgend einen anderen Zweck, heisst es im zur Petition verfassten Bericht. *sca.* (Bild: zVg)

Reklame

steuern-meili.ch

Steuerberatung
Steuererklärungen
Steuerrecht
Testament & Erbe
Vorsorgeauftrag

persönlich & kompetent

info@steuern-meili.ch +41 44 201 09 31
Mutschellenstrasse 46 8002 Zürich

Neue Wege

Religion
Sozialismus
Kritik

neuewege.ch

«Je älter der Kapitalismus,
desto neuer
die Neuen Wege.»

Kurt Marti

4.23

Dorothee
Sölle
Mystik ist
Widerstand
Carlotta Israel
Brigitte Kahl
Konstantin Sacher

5.23

Anti-
semitismus
Shelley Berlowitz
Michel Bollag
Erik Petry

6.23

Sparen

Jacqueline Badran
Tommy Vercetti

Jahresabo
10 Ausgaben CHF 80.—

Schnupperabo
3 Ausgaben CHF 15.—

Neue Wege
info@neuewege.ch

Pfingstweidstr. 28
8005 Zürich

KREUZWORTRÄTSEL

Lösungswort:

Zu gewinnen gibt es:

2 Kinoeintritte für Soudade Kaadans «Nezouh» (Filmstart 13.4.). www.trigon-film.org
1 Exemplar von Christina Hugs Roman «Unser Haus». www.zytglogge.ch
2 Theaterkarten für frei wählbare Daten/Vorstellungen im Keller 62. www.keller62.ch

Einsendeschluss: Dienstag, 8. April 2023

Name / Vorname

Strasse / Postfach

PLZ / Ort

P.S. Verlag, Hohlstrasse 216, 8004 Zürich,
aboservice@pszeitung.ch
Über die Verlosung wird keine Korrespondenz geführt.
P.S.-MitarbeiterInnen sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

Degustation: Samstag, 1. April

«Chateau Carton»

eigenständige Winzer:innenweine
aus der ökologischen Box

Weinhandlung

Maria Bühler



Weinhandlung Maria Bühler
Töpferstrasse 28 • 8045 Zürich
Tel. 044 272 38 30
www.buehlerweine.ch

Offen: Freitag & Samstag, 12 – 18h

Der unbekannte Wähler

Es mag Politiker:innen geben, die den Wahlkampf lieben. Die meisten behaupten es jedenfalls – mindestens in ihrer Nominationsrede. In Tat und Wahrheit geht es vermutlich vielen eher wie Winston Churchill, der gesagt haben soll, dass «das beste Argument gegen die Demokratie ein fünfminütiges Gespräch mit einem durchschnittlichen Wähler» sei. Man muss hier allerdings fairerweise sagen, dass der «Wähler», der an Ständen das Gespräch mit Politiker:innen sucht, um ihnen mal die Meinung zu sagen, vielleicht tatsächlich Churchillsche Reflexe auslöst. Oder – um es mit den Worten unseres Kreuzworträtselautors zu sagen: «Tun Sie mir einen Gefallen und wählen Sie jemand anderes.»

Weil man selbst als begeisterte Wahlkämpferin nicht mit allen Wähler:innen sprechen kann, um zu wissen, was sie wollen, braucht es Behelfslösungen. Umfragen beispielsweise, aber die sind teuer und selbst dann oft mit Vorsicht zu geniessen. Darum greifen die meisten lieber auf die gute alte anekdotische Evidenz zurück oder auf den prototypischen Wähler, der recht häufig ein Nachbar oder eine Verwandte ist. «Selbst mein Nachbar, der doch SVP wählt, stimmt hier Nein!», heisst es. Oder: Meine Tante findet diesen Kandidaten total unsympathisch, der hat nie eine Chance! In den Fernsehauftritten werden dann diese Nachbarn und Verwandten oft zu Zufallsbegegnungen auf dem Markt: «Eine Frau ist zu mir gekommen und hat ganz zufällig genau das gesagt, was ich auch finde.» Manchmal ist die Wählerin auch in den Kommentarspalten oder in den sozialen Medien zu finden und dort sagt sie gern, dass sie früher immer die SP (wahlweise andere Partei) gewählt habe, aber jetzt ginge es einfach wirklich nicht mehr.

Und so bleibt er eben ein Rätsel, der Wähler. Das gilt auch für den Leser, der ebenso ein unbekanntes Wesen ist und nicht mit dem Leserbriefschreiber verwechselt werden darf. Kein Wunder also, schätzen viele Politiker:innen ihre Wähler:innen ganz falsch ein. Eine neue Studie hat wissenschaftlich untersucht, wie gut Parlamentsmitglieder die Präferenzen ihrer Wählerschaft überhaupt kennen. Studienmitautor Frédéric Varone hat diese kürzlich auf der Wissenschaftsplattform «DeFacto» ausgeführt. In dieser Studie wurden Bürger:innen zu einigen politischen Fragen wie beispielsweise Rentenalter oder Kampfsjets befragt. Dann wurden Parlamentarier:innen gefragt, wie sie die Haltung ihrer Wählerschaft zu diesen Fragen einschätzen. Diese Schätzungen wurden mit den tatsächlichen Präferenzen verglichen. Die Erkenntnisse aus der Studie: Politiker:innen schätzen die Präferenzen oft ungenau ein. Im Durchschnitt liegen sie um die 18 Prozentpunkte falsch. Und bei einem knappen Drittel der Fragen können sie gar nicht einschätzen, wie ihre Wählerschaft zum Thema steht. Zum zweiten sind die gewählten Parlamentsmitglieder von einem systematischen «Konservatismus-Bias»

betroffen. Sie glauben also, dass ihre Wähler:innen rechter sind, als sie es tatsächlich sind. Dies erklären die Studienautor:innen mit Projektion: Die Parlamentarier:innen würden davon ausgehen, dass die Wähler:innen ähnlich denken wie sie selbst. Etwas besser sind die Politiker:innen bei den Einschätzungen, wenn es um die Kernthemen ihrer Partei geht, allerdings nicht unbedingt, wenn es sich um ihr eigenes Steckenpferd handelt. So schätzt wohl ein Grüner die Wähler:innen richtig ein, wenn es um Ökologie geht, aber vielleicht nicht in der Sicherheitspolitik – was jetzt natürlich ein vollkommen zufälliges Beispiel ist. Zum Schluss: Parlamentarier:innen, die mit einem schlechten Resultat gewählt wurden, bemühen sich mehr darum, die Präferenzen ihrer Wähler:innen zu kennen, weil sie bei den nächsten Wahlen besser abschneiden wollen.

An den «Konservatismus-Bias» musste ich denken, als ich die gemeinsamen Forderungen von SVP, FDP und Mitte las, die sich jetzt als «Finanzallianz» im Kantonsrat der «Klimaallianz» entgegen stellen wollen. Sie fordern unter anderem eine kantonale Schuldenbremse, dass die Ausschüttungen der Nationalbank in ein Reservekässeli fliessen und dass der Kanton den Angestellten weniger Teuerungsausgleich bezahlen soll. Zur Erinnerung: Der Kanton Zürich schloss seine Rechnung mit einem kräftigen Plus ab (P.S. berichtete). Es fällt mir schwer zu glauben, dass selbst bei kreuzbürgerlichen Wähler:innen die Frage, wie die Nationalbankausschüttungen verbucht werden, so fest unter den Nägeln brennt. Zudem: Selbst jene, die sich in der Theorie für Disziplin beim Ausgabenwachstum aussprechen, finden dann in der Praxis oft ganz konkrete Sparmassnahmen selten so attraktiv. Und auch die faulen Staatsangestellten sind plötzlich nicht mehr ganz so übel, wenn man sich vergegenwärtigt, dass damit auch Pflegefachleute oder Polizist:innen gemeint sind. Die Vermutung liegt also nahe, dass hier sowohl der «Konservatismus-Bias» wie auch die «Projektion» hinter diesen Forderungen stehen. Politiker:innen schätzen sowohl Wähler:innen als finanzpolitisch konservativer ein, als sie dies sind und sie tun dies auch, weil es ihre eigene Meinung widerspiegelt. Und diese Meinung vertreten sie vermutlich, weil Parlamente insbesondere auch sozioökonomisch nicht sonderlich repräsentativ zusammengesetzt sind und gut Ausgebildete und gut Verdienende in der Mehrheit sind. Findet jedenfalls meine Nachbarin. Oder meine Tante. Auf jeden Fall alle.



Min Li Marti

IN KÜRZE

Rangierbahnhof Limmattal

Der grösste Rangierbahnhof der Schweiz steht im Limmattal. Halb im zürcherischen Dietikon, halb im aargauischen Spreitenbach. Dessen Angestellte beschwerten sich über die Arbeitsbedingungen, fordern von SBB Cargo Verbesserungen und haben zusammen mit der Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV eine Petition mit 250 Unterschriften eingereicht. Die Arbeiter:innen klagen über immer prekärere Arbeitsbedingungen: Die Unfallgefahr sei akut, viele Angestellte seien krank und es fehle an Fachkräften, die Arbeit werde ungenügend entlohnt und nicht wertgeschätzt. Vier konkrete Massnahmen werden gefordert: Mehr qualifizierte und erfahrene Fachpersonen, die Reduktion der Aufgaben in der verfügbaren Zeit, ständig anwesende technische Kontrolleur:innen und Mitwirkung der Betroffenen bei Einteilung und Planung der Arbeit. Den Verantwortlichen bei SBB Cargo wurde die Petition am 24. März übergeben. Beim SEV heisst es, dass die Verantwortlichen die vorhandenen Probleme anerkennen und zugesichert haben, gemeinsam mit den Angestellten nach Lösungen zu suchen. *sca*.

Uferweg

Die Kommission für Planung und Bau des Kantonsrats lehnt die Uferinitiative knapp ab und will auch keinen Gegenvorschlag. Die Begründung: Die Thematik sei gesetzlich bereits genügend geregelt. Der Mehrheit ist es zudem laut Medienmitteilung der Kommission ein zentrales Anliegen, dass «auf das Privateigentum angemessene Rücksicht genommen wird». Das Initiativkomitee ist über die Ablehnung wenig überrascht, da es seit Jahren Widerstand in Parlament und Regierung gebe. Sie setzen jetzt ihre Hoffnung darauf, dass die Volksinitiative in der Abstimmung angenommen wird. Damit könnten Uferwege und die ökologische Aufwertung des Seeufers realisiert werden. *mlm*.

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos: Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch,
PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.– (Gönner:innen: ab 300.–), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.–, www.loopzeitung.ch

Asylzentrum in Adliswil eingeweiht

Der Kanton eröffnete am letzten Samstag im März ein neues Durchgangszentrum in Adliswil. Der Holz-Modulbau ersetzt das bisherige Provisorium in der Sihlau und nimmt ab Mitte April Flüchtlinge auf. Bereits kommen mehr Menschen als vorgesehen.

Angela Bernetta

«Wir sind froh, den Menschen im neuen Durchgangszentrum eine Perspektive und ein Leben bieten zu können, und sie nicht wie davor ab dem Rückkehrzentrum in ihr Herkunftsland und in eine unsichere Zukunft schicken zu müssen», sagte Farid Zeroual (Die Mitte), Stadtpräsident von Adliswil, an der Einweihung des neuen Asylzentrums. Ab Mitte April werden am Standort in der Sihlau anerkannte Flüchtlinge, vorläufig Aufgenommene und Menschen im offenen Asylverfahren erwartet. «Sie werden zwischen vier und sechs Monate in Adliswil bleiben und auf das Leben in einer anderen Zürcher Gemeinde vorbereitet», ergänzte Sicherheitsdirektor Mario Fehr (parteilos).

Schnell und effizient wollte dieser das Durchgangszentrum realisiert haben und machte bei den Verantwortlichen des Kantons und den Planern ordentlich Druck. Obwohl die Örtlichkeit für 140 Menschen ausgelegt ist, werden Mitte April wegen der vielen Asylgesuche bereits 200 Menschen erwartet, vor allem aus Afghanistan, Syrien, der Türkei oder Eritrea. Die Asylorganisation Zürich (AOZ) betreibt die Lokalität im Auftrag des kantonalen Sozialamtes.



Das neue Durchgangszentrum Sihlau ist ein Ort für Menschen, die meist unter prekären Umständen dorthin gelangt sind und hier nun für ein paar Monate wohnen. Einzelpersonen, Gruppen, Familien, Kinder, junge und ältere Menschen – sie alle haben unterschiedliche Bedürfnisse. (Foto Angela Bernetta)

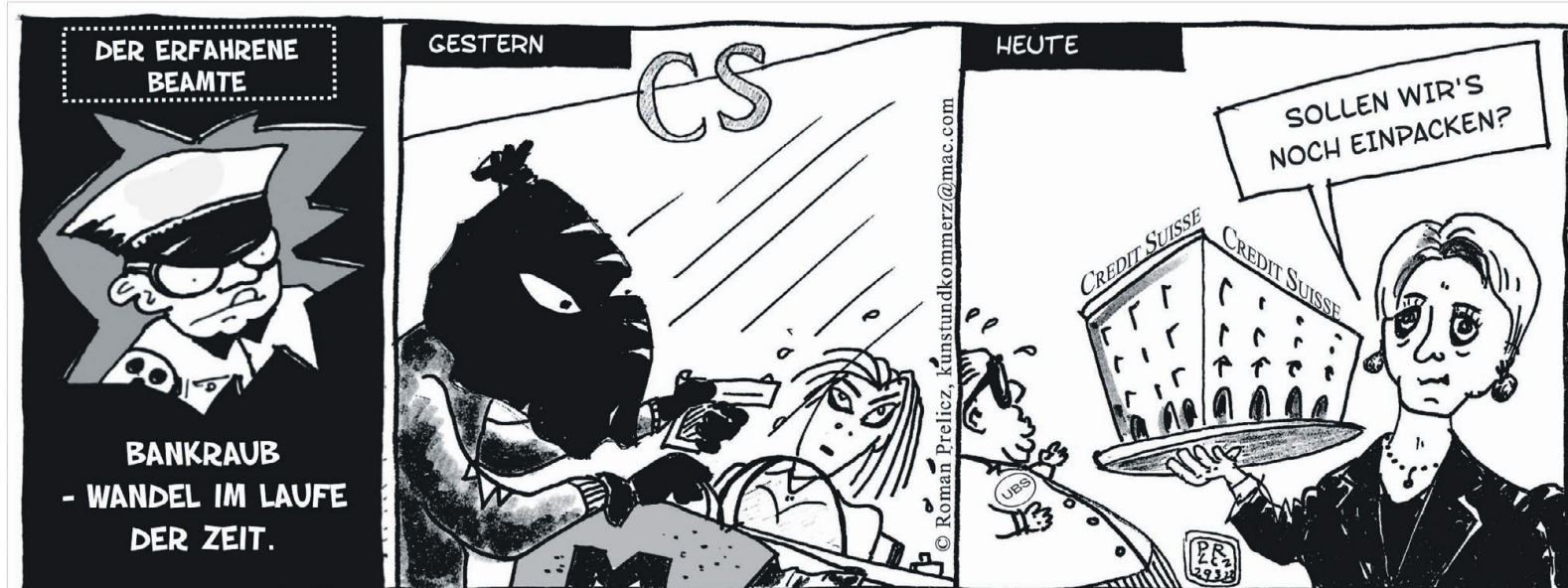
Zweckmässiger Holzbau

Anders als das provisorische Rückkehrzentrum davor, das über 30 Jahre abgewiesene Asylbewerber:innen aufnahm, ist der Neubau drei- und nicht einstöckig. «Die Bewohner:innen sind statt in Massenunterkünften in kleinen Wohneinheiten untergebracht, was nicht zuletzt der Konfliktprävention dient», ergänzte Thomas Durisch vom Zürcher Planerteam Azzola Durisch Architekten. «In einem Holzhaus, aufgerichtet aus 60 im Werk vorgefertigten Modulen, stehen für die Bedürfnisse der Menschen unterschiedliche Zimmer- und Wohnungsgrößen für bis zu zehn Personen sowie Gemeinschaftsräume bereit.» Aussentreppe, Veranden, Hof und Garten bieten Orte der

Begegnung und sollen den Austausch mit den Anwohner:innen fördern.

Die Energieversorgung übernehmen Wärmepumpen und eine Fotovoltaikanlage. Für seinen nachhaltigen und gesellschaftlichen Nutzen ist der 14,5 Millionen-Franken-Bau mit dem Platin-Zertifikat bedacht worden, der höchsten Auszeichnung für nachhaltiges Bauen in der Schweiz. Und hat die zeitgemässe Asylunterkunft bereits Folgeaufträge generiert? «Das wird sich noch weisen müssen», schmunzelte Durisch. «Allerdings ist die öffentliche Hand vergaberechtlich zumeist an Ausschreibung und Wettbewerb gebunden, insofern sind direkte Folgeaufträge von dieser Seite eher selten.»

Cartoon by Roman Prelicz



Eine kreative Aufarbeitung ist gefragt

Letzte Woche haben wir im Gemeinderat den neuen Subventionsvertrag zwischen der Stadt Zürich und der Zürcher Kunsthausgesellschaft verabschiedet. Das war ein wichtiger Schritt, denn solange der alte noch gültig ist, werden die Zustände rund um die Bühle-Sammlung und die Raubkunst nicht besser. Deshalb war es für uns auch unmöglich, dem Sistierungsantrag der AL und der Grünen zuzustimmen. Stattdessen beantragten wir eine erste Berichterstattung nach fünf statt wie vom Stadtrat vorgeschlagen zehn Jahren.

Die politische Diskussion und besonders der politische Druck sind enorm wichtig, damit sich etwas bewegt. Aber ich finde, wir waren laut. So laut, dass wir dem Kunsthaus nun auch die Chance geben müssen, sich unseren Forderungen entsprechend bewegen zu können. Denn diese Sammlung braucht dringend Bewegung.

Ich war kurz nach Eröffnung im neuen Kunsthausbau. So fasziniert ich von der Architektur des Hauses und den Gemälden der Sammlung war, so enttäuscht hat mich der viel

Der Dokumentationsraum hat mich enttäuscht. Es hat schon damit angefangen, dass ich ihn nicht auf Anhieb gefunden habe.

bescholte Dokumentationsraum. Es hat schon damit angefangen, dass ich ihn nicht auf Anhieb gefunden habe. In einem der hinteren Räume wurde ich dann fündig und er war völlig uninspiriert. Die vielen Texte hatten sicher ihre Richtigkeit, aber es war eine kleine Überwindung not-

wendig, sie auch wirklich zu lesen. Zudem blieb der Kontext zu den Gemälden für mich völlig aus. Teilweise wurden alte Briefwechsel zur Provenienzforschung ausgestellt – wie um sich zu rechtfertigen. Dramaturgisch hatte das alles noch sehr viel Luft nach oben.

Seither war ich nicht mehr dort. Vielleicht hat sich in der Zwischenzeit vor Ort was geändert. Aber die politischen Diskussionen und der politische Druck rund um Kunst und Kultur aus anderen Kulturen und vergangenen Zeiten sind konstant geblieben. Sei dies im Rahmen des Umbaus des Schauspielhauses, Umbenennungen von Brücken, Gassen, Plätzen und Strassen, Denkmälern aus vergangenen Zeiten, der Besetzung des Theaters Gessnerallee, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit von geliebten Musiker:innen – der Thematik scheinen in allen Richtungen keine Grenzen gesetzt.

Vieles davon löst auch in mir Emotionen aus. Ich selbst rate mir dann immer wieder zu etwas mehr Gelassenheit – was bitte an dieser Stelle nicht mit Gleichgültigkeit verwechselt werden soll! Wir müssen uns dieser Diskussion, diesem Druck stellen, sie und ihn sogar provozieren. Aber trotzdem dürfen wir auch nicht vergessen, dass Kunst und Kultur immer auch Zeitzeugen sind und eine dazu gehörende Gesellschaft abbilden. Entsprechend wandelt sich Kunst und Kultur stetig. Und gerade deshalb plädiere ich immer für eine dramaturgische Aufarbeitung von Kulturgütern aus der Vergangenheit – falls etwas an ihnen geändert werden muss oder soll. Einer kreativen Aufarbeitung, die einlädt, sich damit auseinanderzusetzen. Weder weggesperrt und vergessen noch im Status quo bringen sie uns weiter.

Genauso wenig das Kunsthaus Zürich.



Liv Mahrer,
Co-Präsidentin SP Stadt Zürich

3600 Millionen Plus

Rund 600 Millionen Franken besser als budgetiert: So gut schliesst die Rechnung 2022 der Stadt Zürich ab. Der Kanton toppt das sogar noch und verbessert seine Rechnung um über eine Milliarde Franken gegenüber dem Budget. Natürlich rufen da die Bürgerlichen sofort nach Steuerensenkungen. Der Steuerfuss ist aber ein Mittel, das nicht beliebig je nach Wetterlage geändert werden soll, ein langfristig stabiler Steuerfuss ist vorzuziehen. Das zeigt auch die Geschichte zurück: Der Steuerfuss hat jeweils recht lange Bestand, letztmals wurde er in der Stadt Zürich im Jahr 2008 angepasst.

Eine Diskussion über den Steuerfuss muss auch eine Diskussion über aktuelle und kommende Aufgaben für unsere Stadt beinhalten. Es ist unbestritten, dass wir in unsicheren Zeiten leben: Klimakrise, Biodiversitätskrise, Krieg in Europa, Bankencrash. Zudem warten auch neue Aufgaben auf uns, die in den nächsten Jahren spürbare Mehrkosten verursachen werden: Die Einführung der Tagesschule wie auch die stetig wachsenden Schüler:innenzahlen sorgen für mehr Aufwand bei den Schulen, steigende Kosten für die älteren Menschen sind zu erwarten, und auch die Sozialkosten werden eher zunehmen als abnehmen, zum Teil auch als Folge der oben aufgeführten Krisen. Last but not least muss die Stadt beim Wohnungsziel

Last but not least muss die Stadt beim Wohnungsziel vorwärts machen.

vorwärts machen. Für den geplanten Wohnraumfonds sind vorerst 300 Millionen Franken vorgesehen, wenn die Stimmbevölkerung im Juni dem Wohnraumfonds zustimmt (was ich natürlich sehr hoffe).

Neben den zu finanzierenden Aufgaben der Stadt Zürich gilt es auch die Auswirkungen einer Steuerensenkung zu berücksichtigen. Denn von einer Senkung des Steuersatzes profitieren längst nicht alle Personen in gleicher Masse. Für Personen mit niedrigem Einkommen bringt eine Senkung nichts oder bestenfalls nur sehr wenig, viel mehr würden hingegen Menschen mit hohen

Von tieferen Steuern profitiert nur eine Minderheit.

Einkommen profitieren. Auch das Signal einer Steuerfussenkung ist gut zu überlegen. Für Firmen ist der Steuerfuss heute nicht mehr das wichtigste Argument für oder gegen einen Standort, im Gegenteil, auch jetzt schon ziehen regelmässig wieder auch grössere Firmen nach Zürich. Für gut verdienende Privatpersonen würde Zürich noch attraktiver werden, das wird das Problem der hohen Wohnungs- und Grundstückspreise noch verschärfen – was sicher keine erwünschte Wirkung wäre.

Ein weiterer Punkt ist das Eigenkapital der Stadt, aktuell rund zwei Milliarden Franken. Das ist ausreichend für unerwartete Herausforderungen wie die Bewältigung der Pandemie. Es stehen aber auch viele Investitionen an, in den nächsten Jahren insbesondere neue Schulbauten. Für die Finanzierung dieser Aufgaben werden auch weiterhin Fremdmittel nötig sein, so dass nicht sofort alle Schulden abgebaut werden können. Beschlossen wird der Gemeinderat eine allfällige Änderung der Steuern aber erst im Dezember, mit der Verabschiedung des Budgets für das kommende Jahr, es bleibt also noch einige Zeit, um bis dann Diskussionen zu führen.



Felix Moser,
Präsident Grüne Stadt Zürich

«Als Aktivistin denke ich utopischer, als wenn ich im Parlament sitze»

Die Stadtzürcher Grünen wählen im April eine neue Parteispitze. Der Vorstand schlägt als Nachfolge von Felix Moser einstimmig Anna-Béatrice Schmaltz vor. Die 30-Jährige soll die Partei jünger und diverser machen. Im Gespräch mit Lara Blatter erklären die beiden, inwiefern sich ihre Politmache unterscheidet und in welchen Bereichen sie sich doch einig sind.

Grüne Themen sind heute breiter abgestützt, als es sie noch vor zehn Jahren waren. Heute ist man keine Spielverderberin mehr, wenn man lieber Tofu statt Wurst isst. Auch die Bürgerlichen machen heute Klimapolitik. Müssen die Grünen wieder unbequemer werden?

Felix Moser: Wir sind nach wie vor unbequem. Ich denke beispielsweise an das von uns geforderte Feuerwerksverbot am Züri-Fäscht. Auf der anderen Seite ist es auch gut, dass verschiedene unserer Anliegen mehrheitsfähig geworden sind.

Anna-Béatrice Schmaltz: Das Bewusstsein für die Dringlichkeit darf nicht verloren gehen. Hier sehe ich die Rolle der Grünen. Und es geht uns neben offensichtlichen grünen Anliegen wie Hitzeminderung, Velowege, Biodiversität auch stark um soziale Fragen. Wir wollen eine lebenswerte und solidarische Zukunft für alle.

Anna-Béatrice Schmaltz, Sie stehen für eine junge und feministische Generation von grünen Politiker:innen. Sofern Sie am 20. April gewählt werden – wie wird sich die Partei unter Ihrer Leitung ändern?

A-B.S.: Mir ist es wichtig, dass wir uns weiterhin gemeinsam für eine solidarische, klimagerechte und gleichgestellte Gesellschaft einsetzen. Das Präsidium ist auch eine repräsentative Aufgabe. Ich kann eine Vorbildfunktion übernehmen und andere junge Frauen motivieren, politisch aktiv zu werden.

Als junge Politikerin bringen Sie auch andere Ansichten in die Partei. Wo braucht es zwingend Anpassungen?

A-B.S.: Die politische Arbeit im Parlament müssen wir zugänglicher erklären. Die Menschen sollen besser verstehen, was im Gemeinderat entschieden wird und wie wichtig diese lokale Politik ist. Nur so werden auch unsere Visionen und Lösungen schlussendlich unterstützt. Und die Grünen müssen diverser und jünger werden. Mehr Menschen mit verschiedenen Lebensrealitäten müssen im Parlament vertreten sein. Es ist entscheidend, dass wir glaubhaft aufzeigen, dass die Grünen das Ziel verfolgen, eine konsequent feministische und antirassistische Partei zu sein.

Felix Moser, wie gehen Sie mit dieser Kritik um? Immerhin waren Sie sieben Jahre lang Präsident der Stadtzürcher Grünen.

F.M.: Ich stimme Anna zu. Es ist auch innerhalb der Grünen wichtig, diese Themen immer wieder anzusprechen und Menschen entsprechend zu fördern. Immerhin sind Vorstand und Geschäftsleitung in den letzten sieben Jahren deutlich jünger und diverser geworden.

Wenn Sie an die letzten Jahre zurückdenken, worauf sind Sie stolz?

F.M.: Viele grüne Themen sind mehrheitsfähig geworden, wir haben einiges erreicht. Ich habe zwei wahnsinnige Wahljahre miterlebt, beide Male haben wir zugelegt. 2019 waren wir bei den nationalen Wahlen mit 20 Prozent Wähler:innen-Anteil die zweitstärkste Partei in der Stadt Zürich.

Unter Ihrer Leitung wurde im vergangenen Mai auch die Abstimmung zu Netto-Null bis 2040 angenommen. Wie soll die Stadt Zürich dieses Ziel Ihrer Meinung nach erreichen?

F.M.: Da, wo die Stadt handeln kann und muss, engagieren wir Grüne uns stark. Beispielsweise bei der Raumplanung, beim Verkehr, bei der Ernährung oder beim Ausbau erneuerbarer Energien.

A-B.S.: Sensibilisierung ist wichtig. Klimapolitische Massnahmen dürfen nicht bevormundend daherkommen, sondern auf Augenhöhe. Das Ziel von Netto-Null ist durch die hohe Zustimmung von knapp 75 Prozent gesetzt und klar. Jetzt müssen wir vor allem das Tempo anziehen.

Dass es zu langsam vorwärts geht, sagt auch der neueste UNO-Bericht. Wie schaffen wir mehr Tempo?

A-B.S.: Der Ball liegt nun bei der Stadt, also bei der Verwaltung. Die Departemente müssen einen Plan ausarbeiten und das Tempo erhöhen. Beispielsweise muss der Ausbau von Solarenergie vorangetrieben und nicht ausgebremst werden. Im Parlament forderten wir zusammen mit SP, GLP und EVP, dass zehn Prozent des Strombedarfs in der Stadt bis 2030 durch Solarenergie gedeckt werden sollen. Davon sind wir noch meilenweit entfernt. Die Stadt muss nun ambitioniert vorangehen.

Gegenüber Tsüri.ch haben Sie, Anna-Béatrice Schmaltz, erzählt, dass Sie feministische Themen in die Politik brachten. Inwiefern hängen für Sie Feminismus und Klimakrise zusammen?

A-B.S.: Kurz gesagt: Die Klimafrage ist sehr eng mit der Vision einer diskriminierungs- und gewaltfreien Gesellschaft und einer lebenswerten Zukunft verknüpft. Gerade Frauen und queere Menschen sind überdurchschnittlich von den Folgen der Klimaerhitzung betroffen – besonders im globalen Süden.

Die Klimakrise und der Feminismus werden in den nächsten Jahren viele Menschen bewegen. Im Sinne der Genfer Flüchtlingskonventionen gibt es keine Klima- oder Umweltflüchtlinge. Was kann Zürich als grösste Schweizer Stadt dagegen unternehmen?

F.M.: Klimaflucht wird uns in vielen Bereichen in den kommenden Jahren herausfordern. Die Hauptverantwortung liegt aber beim Bund. Trotzdem kann die Stadt Zürich ihren Teil leisten und als grösste Schweizer Stadt grüne Projekte mit Vorbildcharakter anreissen.

A-B.S.: Migration gab es schon immer. Wenn Menschen ihre Heimat aufgrund von schlechten oder gefährlichen Lebensbedingungen auch wegen der Klimakrise verlassen müssen, ist das ein Problem, für das auch wir hier im globalen Norden eine massgebliche Mitverantwortung haben. Wir müssen unseren Beitrag zur Abwendung der Klimakrise leisten und dabei auch innovative Lösungen ausprobieren.

Wir beklagen uns über unvollständige Velorouten und diskutieren im Gemeinderat über Feuerwerk und elektronische Werbeflächen. Kleine Probleme, wenn man bedenkt, dass die Klimakrise eine globale, gesellschaftliche Krise ist.

A-B.S.: Klar, die aufgezählten Dinge sind kleine Schritte. Aber wir müssen auf jeder Ebene vorangehen und als Partei können wir dadurch eine glaubhafte Vision einer grünen Zukunft präsentieren.

Eine Vision für die Akademiker:innen unter uns? Immerhin sind Lebensmittel aus dem Bioladen nicht gerade günstig, und nicht alle wohnen so nahe an ihrem Arbeitsplatz, dass sie mit dem Velo zur Arbeit fahren können. Betreiben wir nicht einfach Klimaschutz für die Reichen und Privilegierten?

F.M.: Die Sorgen und Ängste der Menschen müssen wir ernst nehmen, sie abholen und ihnen Wissen zur Verfügung stellen – egal, wie arm oder reich sie sind.

A-B.S.: Wir müssen als Gesellschaft aufhören, zu individualisieren. Häufig wird gesagt: «Kauf ökologische Kleider und regionales Gemüse.» Das können sich aber nicht alle leisten. Dabei sollten doch Dinge, die dem Klima am wenigsten schaden, am einfachsten und günstigsten erhältlich sein.

Der Gemeinderat ist heute jünger und weiblicher denn je. Das kann auch zu Spannungen innerhalb einer Partei führen. Mit 54 und 30 Jahren stehen Sie für zwei Generationen. In welchen Momenten spüren Sie diesen Wandel?

F.M.: Durch die jungen Mitglieder in unserer Fraktion sind viele neue Themen aufgekommen. Wir sind breiter und diverser aufgestellt und das führt zu internen Diskussionen, aber auch zu Vorstössen und Resultaten – das tut uns gut.

A-B.S.: Und eure Erfahrung ist für uns wertvoll. Ich persönlich schätze den Austausch mit älteren Kolleg:innen sehr. Aber trotz der Zunahme an Frauen im Parlament sind meine Kolleginnen und ich noch immer untervertreten. Auch in unserer Fraktion.

Bei der Abstimmung über das Kaufangebot für den Uetlihof, einer Vorlage des Grünen Stadtrats Daniel Leupi, haben Sie, Felix Moser, Ja gestimmt, Dominik Waser als junger Parteikollege Nein. Sind junge Politiker:innen radikaler in ihrer Haltung?

F.M.: Der Uetlihof ist ein schlechtes Beispiel für diesen Generationen-Gap. Markus Knauss etwa war auch dagegen. Es ging um andere Einschätzungen und Werte, nicht ums Alter. Es gibt Themen, wo wir Grüne nicht immer einer Meinung sind, das führt zu Diskussionen und ist auch gut so. Die jungen grünen Politiker:innen sind bestimmt radikaler, wenn es um ihre Ziele und Vorstellungen der Gesellschaft geht. Vielleicht sind wir Älteren auch realistischer oder etwas kompromissbereiter.

Gemeinsam mit Martin Busekros, Selina Walgis, Yves Henz, Dominik Waser sitzen Sie, Anna-Béatrice Schmaltz, für die Grünen im Gemeinderat. Sie sind jung und kommen aus einer aktivistischen Ecke. Bremst die parlamentarische Politik den Aktivismus nicht aus?

A-B.S.: Nein. Der Aktivismus stellt ambitioniertere Forderungen und holt andere Menschen ab. Der Switch von der Aktivistin zur Politikerin gelingt mir gut. Als Aktivistin denke ich utopischer und übergeordneter, als wenn ich im Parlament sitze. Das breche ich dann auf konkrete Forderungen und Lösungen herunter und bringe sie in den Gemeinderat. Die Politik im Rat ist langsamer, wir suchen Mehrheiten und sind auf Kompromisse aus, suchen den Austausch auch zu den Bürgerlichen. Würden wir aber nur im Parlament unsere Arbeit machen, kämen wir als Gesellschaft nicht vorwärts – es braucht den Aktivismus.

Bei den Kantonsratswahlen gingen die Grünen mit minus drei Sitzen als grösste Verliererin hervor. Viele junge Menschen gehen nicht wählen oder ab-



Nach sieben Jahren sei es Zeit für einen Wechsel: Auf Felix Moser folgt Anna-Béatrice Schmaltz. Der 54-Jährige bleibt weiterhin im Gemeinderat und freut sich auf mehr Zeit mit seiner Familie. (Foto: Lara Blatter)

stimmen. Wie können Sie als Partei, die wohl der eher jungen Klimabewegung nahe steht, mehr Menschen mobilisieren?

A-B.S.: Menschen mobilisieren, ist die Königin:innendisziplin der Politik. Wir müssen junge Menschen und verschiedene Lebensrealitäten noch sichtbarer machen, nur so fühlen sie sich repräsentiert und wählen uns oder stimmen grün.

F.M.: Darum versuchen wir auch immer, möglichst viele junge Menschen auf den Listen zu haben. So waren wir zum Beispiel mutig und stellten letztes Jahr Dominik Waser als 25-Jährigen als Stadtratskandidaten.

Bereuen Sie diesen Schritt?

F.M.: Nein, durch Waser fühlen sich so hoffentlich Menschen, die sich in einem ähnlichen Lebensabschnitt befinden wie er, besser repräsentiert, und er hat ja ein sehr gutes Resultat erreicht. Zudem zeigt es, dass wir die Überalterung in der Politik ernst nehmen und aktiv angehen.

Auf nationaler Ebene hat eure Partei dieses Jahr ein grosses Ziel: einen grünen Bundesratsstz. Wie können Sie als städtische Partei dazu beitragen?

F.M.: Indem wir weiterhin mutig sind. Dadurch können wir hoffentlich genügend Wähler:innen mobilisieren. Es wird wahrgenommen, was wir Grüne in Zürich, der grössten Schweizer Stadt, bewegen und wie wir bei Abstimmungen und Wahlen abschneiden.

Bei den Grünen Kanton Zürich stehen Sie, Anna-Béatrice Schmaltz, ebenfalls auf der Nationalratsliste. Ihre Chancen stehen nicht schlecht, zumal Sie auf Platz eins hinter den Bisherigen gelistet sind. Wollen Sie die Grünen auch national feministischer und radikaler machen?

A-B.S.: Ja, ich bringe neben den Themen Klimaschutz und Biodiversität auch feministische Positionen wie Gewaltprävention, Antidiskriminierung, Anerkennung von Sorge- und Betreuungsarbeit und Anliegen der queeren Community in die Politik. Das ist gerade auch im Nationalrat wichtig. Ich kann die Grüne Fraktion damit gut ergänzen. Und ich freue mich, die Themen auch im Wahlkampf einbringen zu können.

Rechtskonforme Übernahme der CS durch die UBS?

Als Kleinstaktionär von UBS und CS hatte ich logischerweise nichts zu dieser per Notrecht durchgeführten «Notfallübernahme» der CS durch die UBS zum Schnäppchenpreis von drei Milliarden Franken zu sagen. Als Staatsbürger:innen und Steuerzahler:innen sind wir aber alle von der staatlichen Liquiditätsgarantie von bis zu 259 Milliarden Franken mindestens indirekt auch betroffen. Als Jurist zweifle ich an der Rechtmässigkeit dieser angeblichen Notfallaktion per Notrecht. Zudem muss auch noch das Parlament diesem Kreditversprechen des Bundesrates zustimmen. Es gibt hier offensichtlich «Schweine, die gleicher sind als andere» (George Orwell, 1984). Alles bleibt hier systembedingt unter dem Deckmantel des Geschäftsgeheimnisses oder auch der Schweigepflicht. So etwas nennt sich ein «transparenter demokratischer Rechtsstaat». Einmal mehr wird die Öffentlichkeit beziehungsweise der Steuerzahler die Risiken für die Verluste eines privaten Konzerns bezahlen müssen. Wo bleibt hier die vielzitierte Eigenverantwortung und Rechtsgleichheit?

Die «Süddeutsche Zeitung» schrieb dazu am 24. März: «Die Hidden Agenda des Vorgehens war, dass man nicht offenlegen wollte, dass das Ausland, insbesondere die USA mit dem US-Kor-

respondenzbanken-Konzept etc. auf die so unabhängige politische Schweiz, die Politik, die Finma und Schweizer Nationalbank unwiderstehlichen Druck ausüben kann.» Gemäss UBS-Statuten Art. 2 steht nirgends, dass die Gesellschaft die Finanzierung einer vom Konkurs bedrohten Drittfirma übernehmen soll. Nach unserer Verfassung gibt es auch keine Pflicht des Bundes, konkursite Grossbanken faktisch zu übernehmen. Die faktische Teileignung vieler CS-Aktionär:innen im Konkursfall basiert nur auf dem Obligationen- beziehungsweise Schuldbetreibungsrecht.

Wenn sich Regierungen per Notrecht und Notverordnungen die gewünschte Macht ausserhalb der Gewaltenteilung verschaffen wollen, besteht potenzielle Gefahr für die Demokratie. Verhindern lässt sich das bereits im Vorfeld nur durch staatsrechtliche Barrieren, die jedoch schon frühzeitig eingezogen worden sein müssten. Das ist hier nicht der Fall. Notrecht kann immer dann eingesetzt werden, wenn aussergewöhnliche Lagen vorliegen, die geeignet sind, das Verfassungsrecht zeitlich begrenzt einzuschränken, um erforderliches staatliches Handeln möglich zu machen. In der Schweiz gilt dafür das exekutive Notrecht in der Ausführung des Notverordnungsrechtes. Da-

mit werden dem Bundesrat weitgehende Rechte eingeräumt, die nur verhältnismässig und zeitlich begrenzt einzelne verfassungsmässige Rechte der Bürger einschränken könnten.

Im aktuellen CS-Skandal stellt sich auch die Frage, ob die goldene Bilanzregel, dass langfristige Verpflichtungen auch mit langfristigem Kapital, vorwiegend Eigenkapital, finanziert werden, eingehalten wurde. Auch dies ist offensichtlich nicht der Fall. Groteskerweise kaufte die CS noch im Sommer 2022 eine Luxushotelgruppe in Florida für 835 Millionen Franken, was klar nicht zu ihrem Kerngeschäft gehört und so Liquidität für den aktuellen Krisenfall entzog. Zudem entzogen die überhöhten Boni an das offenkundig nicht so fähige Management der Grossbank weiter notwendiges Sicherheits- bzw. Risikokapital. All dies macht die Kunden und Gläubiger der CS sowie uns Steuerzahlende verständlicherweise wütend und wird noch zu Klagen führen. Offensichtlich haben viele Banker nichts aus der letzten Finanzkrise gelernt. Wenn sie – wie von der Linken gefordert – auch für den Aktienverlust ihrer schlecht beratenen Kunden mithaften müssten, würde die Finanzwelt schon längst anders aussehen.

Werner Kallenberger

«Literatur muss Friedensforschung sein»

«Wir sind die ersten nicht. An den Bruchstellen zwischen den Zeiten wird gebrochen: der Mut, das Rückgrat, die Hoffnung, die Unmittelbarkeit: Vieles, was zum Sprechenkönnen nötig ist.»

Büchner-Preis-Rede 1980

Liebe Christa Wolf,
Liebe Cassandra

Seltsam: Ich muss gleich an Sie beide schreiben, um formulieren zu können, was mich umtreibt. Ihre Leben und Schicksale sind zwar durch viele Jahrhunderte getrennt und doch, durch das Buch mit dem Titel Cassandra, das Sie, Christa Wolf, geschrieben haben, ist die Verbindung da, lebendig spürbar. Und für mich – vielleicht auch für viele andere – sind Sie beide und das eben erwähnte Buch heute eine Knacknuss. Das war nicht immer so. In den 1980er-Jahren war es Hoffnung!

In der Büchner-Preisrede (1980) erklären Sie, Christa Wolf, dass Büchner «es auf jedes Risiko hin unternahm, den finsternen Verhältnissen seiner Zeit eine lebbare Alternative zu entreissen», und er zahlte einen hohen Preis, wie alle, die die Alternative suchen und sie leben.

Wo aber ist die Alternative? Wer sucht, wer findet sie? Und wer spricht, wenn doch das Sprechenkönnen nicht mehr geht? Mundtot.

Vieles, was zum Sprechenkönnen nötig ist, wäre, geht nicht mehr. So erlebe ich mich in dieser Zeit. Ich verstumme. Das Redenkönnen ist weg. Ich

wüsste nicht zu wem. Denn die, die reden, sprechen brillant gleich zu allen und mit allen, im Chor. Es herrscht Konsens: Die Zeitenwende fördert Militarismus, fordert Waffen, fordert Munition, fordert Geld für den Tod, immer mehr und immer wieder. Cassandra: «Wenn sie doch aufhören könnten zu siegen.» Aber die heute Lauten wollen siegen, siegen, wohl wissend, dass heutige Kriege nur durch Erschöpfung, nicht durch Sieg enden. Wer da nicht einstimmt, sich gar eine Gegenposition erlaubt, wird fertig gemacht auf allen Kanälen.

- Habermas, der zur Diskursethik aufruft
 - Schwarzer und Wagenknecht, die meinen, Friedensverhandlungen sind immer richtiger
 - Der Bundespräsident, der es wagte, einen wunden Punkt zu berühren
 - Grüne und andere Politikerinnen, die finden, es muss Alternativen geben
 - Ich selbst erlebe es und es bricht mir das Herz
- Dabei ginge es nur ums Nach- und Vordenen, um systemisches Denken. Die Aggression gegen jeden Versuch dazu erschreckt mich. Keine Chancen. Mundtot.

Liebe Christa,

vor 43 Jahren sagten Sie: «Die Naturwissenschaften haben ihre Erfindungen mit Hilfe einer Spezialsprache vor ihren Gefühlen in Sicherheit gebracht: Scheinlogische Sprachkonstruktionen stützen die fixe Idee von Politikern, die Rettung der Menschheit liege in der Möglichkeit, sie mehrfach

zu vernichten.» Und Sie verlangen von sich selbst und wohl von allen Nachfahren und Nachfahrinnen: «Literatur muss Friedensforschung sein.» So versuche ich denn zu schreiben, wenn reden nicht mehr möglich ist. Auch das ist nur möglich, weil es nicht versandte Briefe sind, zum Beispiel an Sie. Ich schreibe auch eine Art Zeitprotokoll für meine Urenkel. Vielleicht lesen Menschen in vierzig, fünfzig Jahren unsere Geschichte. Sie werden sich erinnern wie wir: Auch damals gab es einige wenige ...

Vielleicht gibt es dann aber schon lange kein Erinnern mehr. Dann sind auch geschriebene Worte unmöglich geworden.

Liebe Christa,

«Ihre» Cassandra, Frau des immerwährenden trojanischen Krieges um einen Irrtum, wollte sehen, die Sehergabe unbedingt. Sehen kann tödlich sein. Anstrengend ist es auf jeden Fall. Cassandra «sieht» den blindwütigen Agamemnon, hofft auf den sanften Aeneas, flüchtet sich zum Alten in die Höhle ... es gibt keinen Frieden. Am Ende steht der Tod, die Scham, das Unverständnis. Wieder einmal für Generationen.

Ob wir auch zu diesem Müll der Geschichte gehören werden, so es sie noch geben wird?

Monika Stocker

Wolf Christa: Cassandra, Erzählung, Darmstadt, Neuwied: Luchterhand, 1983
Wolf Christa: Büchner-Preisrede 1980, Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, Darmstadt

Der Krieg und die Linke. Eine Replik

In seinem Beitrag im P.S. vom 24. März versucht Cédric Wermuth die Haltung der Linken zum russischen Krieg gegen die Ukraine zu klären. Die Frage bleibt aber offen, wie ein Beitrag zu einer neuen globalen Friedensordnung aussehen könnte.

Kurt Seifert

Das ukrainische Volk verdient unsere Solidarität – nicht, weil es eine abstrakte «Freiheit» verteidigen würde, von der im Westen gegenwärtig so viel die Rede ist, sondern weil und insofern es für sein Recht auf Selbstbestimmung kämpft. Dieses fundamentale Recht wird durch die russische Aggression infrage gestellt und mit Füßen getreten. Es ist bemerkenswert, dass ein heute führender Sozialdemokrat sich traut, in diesem Zusammenhang auf Lenin zurückzugreifen. Und dies nicht ohne Grund: Lenin hatte in den Auseinandersetzungen des frühen 20. Jahrhunderts mit Rosa Luxemburg und anderen ganz entscheidend zu einer fundierten Positionierung der Linken in der «nationalen Frage» beigetragen. Cédric Wermuth referiert in seinem Beitrag diese Auseinandersetzungen in groben Zügen, aber durchaus zutreffend.

Putin hat sich zum Verteidiger der russischen Ehre aufgeschwungen – einer Ehre, die seiner Meinung nach zuallererst von den Bolschewiki in den Dreck gezogen worden sei. Ja, Putin hasst Lenin, weil dieser den grossrussischen Chauvinismus in die Schranken weisen wollte. Putin ist kein Erbe des sowjetischen Kommunismus, sondern viel mehr der russischen Zaren. Die vorgeblich «antifaschistisch» zu verstehende Militärintervention ist nichts als eine leere Phrase.

Die Vereinigten Staaten – ein wohlwollender Hegemon?

Bis zu diesem Punkt gehe ich mit Cédric Wermuth einig. Doch was ist die Rolle des Westens in dieser Auseinandersetzung? Oder genauer, mit Wermuth gefragt: Was ist der Charakter dieses Krieges? Kein Zweifel: Die Ukraine kämpft um ihre Existenz. Doch wie konnte es so weit kommen? Steht der Westen an der Seite der Ukraine – einzig, um deren Existenzrecht zu verteidigen? Oder gibt es da nicht doch noch weitergehende Interessen, welche die Hegemonie des Westens unter Führung der Vereinigten Staaten betreffen? Sehr beschönigend formuliert Wermuth zu Beginn seines Textes, die USA würden hier – also in der Ukraine – «nicht aus reiner Menschlichkeit» handeln. Trotzdem scheinen die Vereinigten Staaten für ihn doch so etwas wie ein wohlwollender Hegemon zu sein. Die Alternative zu den USA als alleiniger Supermacht wäre eine multipolare Ordnung, die sich der SP-Co-Präsident offenbar nur als Herrschaft des Schreckens vorstellen kann. In dieser Denkweise wird das Ende westlicher Vorherrschaft mit dem Aufkommen der Barbarei gleichgesetzt. Oder um

es mit den Worten seines spanischen Parteifreunds, des EU-Aussenbeauftragten Josep Borrell, zu sagen: «Europa als Garten und die Welt als Dschungel.»

Wette mit tödlichem Einsatz

Um sich gegen die russischen Interventionstruppen zu wehren, ist die ukrainische Nation auf die Waffen des Westens angewiesen. Die meisten Linken in der Ukraine teilen offenbar diese Auffassung. Für viele westliche Linke führt das Land einen nationalen Befreiungskampf – so wie seinerzeit der FNL in Vietnam – und deshalb ist aus ihrer Sicht auch dieser bewaffnete Kampf zu unterstützen. Es sei an der Ukraine zu entscheiden, welche Mittel sie einsetzt und unter welchen Umständen sie Verhandlungen mit Russland führen will, erklären diese Linken in Übereinstimmung mit den führenden Stimmen des Westens.

Dass dies nicht die ganze Wahrheit sein kann, weiss sogar die Neue Zürcher Zeitung. So schreibt Ulrich Speck in seinem Beitrag «Die amerikanische Uhr für die Ukraine tickt» (NZZ, 27. März 2023): Der Westen sei sich der Risiken einer Eskalation mit Russland durchaus bewusst und dosiere seine militärische Unterstützung entsprechend. Manche Kommentator:innen setzen jetzt darauf, Russland werde den Krieg bis spätestens im Herbst verlieren – doch das ist eine Wette mit tödlichem Einsatz: Noch mehr Soldaten werden auf beiden Seiten der Front sterben, noch mehr Zivilist:innen werden ihr Leben verlieren, noch mehr Häuser und Infrastruktur zerstört.

Der Traum vom «gemeinsamen Haus Europa»

Gibt es denn keine andere Logik als die Logik der Waffen? Das war die Frage, die sich die kürzlich verstorbene deutsche Politikerin Antje Vollmer, ein grünes «Urgestein», gestellt hat – gerade auch angesichts der immer lautereren bellizistischen Töne, die bei Grünen, Linken und Linkliberalen nicht nur in Deutschland zu hören sind. Solche Stimmen scheinen bislang die öffentliche Meinung zu dominieren, während Forderungen wie jene des von Saha Wagenknecht und Alice Schwarzer initiierten «Manifests für Frieden» nach Verhandlungslösungen als Ausdruck mangelnder Empathie gegenüber der Ukraine, eines naiven Antiamerikanismus und einer «Ohne mich»-Haltung abgetan wurden und immer noch werden.

Wer heute die Frage nach einer längerfristigen Lösung, einer tragfähigen Sicherheitsarchitektur in Europa stellt, gilt schnell einmal als naiv – wenn

nicht Schlimmeres. Mit dem russischen Reich des Bösen dürfe es keinen Ausgleich geben, fordern nicht nur militante ukrainische Nationalisten. Doch als dieses Reich noch nicht so böse war, zu

Wer heute die Frage nach einer längerfristigen Lösung, einer tragfähigen Sicherheitsarchitektur in Europa stellt, gilt schnell einmal als naiv – wenn nicht schlimmeres.

Zeiten eines Michail Gorbatschow, da zeigte der Westen kein Interesse an dessen Vision eines «gemeinsamen Hauses Europa», sondern glaubte in seiner Hybris, er habe das Spiel bereits gewonnen. Dieser Irrglaube rächt sich jetzt. Wer ist in dieser verfahrenen Situation in der Lage, einen Ausweg zu weisen? Auch wenn jetzt manche Leser:innen die Augen verdrehen mögen: Das Zwölf-Punkte-Programm Chinas könnte einen Weg anzeigen. Lutz Herden schreibt dazu in der deutschen Wochenzeitung «der Freitag» (23. März 2023): Der chinesische Präsident Xi Jinping sei davon überzeugt, dass der Konflikt um die Ukraine «zu einer neuen multipolaren Weltordnung zwingt. Die vorhandene, wie sie in einer für den Westen günstigen Situation nach 1990 etabliert und immer wieder durch Kriege durchgesetzt wurde, ist gescheitert – in Afghanistan, im Irak, in Libyen, in Syrien».

Das Ende der imperialen Ordnung

Die westliche Linke täte gut daran, nicht mehr der imperialen Ordnung des Westens anzuhängen und ihr Heil in deren Verteidigung zu sehen. Das Ende der Imperien ist absehbar: sei es jenes unter der Führung der Vereinigten Staaten und Putins Versuch, ein neues Reich unter russischer Flagge zu errichten. Die entscheidende Frage bleibt, wie wir möglichst ohne massive Verluste an Menschen und materiellen Werten in ein nachimperialen Zeitalter gelangen. Darüber sollte sich die schweizerische Linke Gedanken machen – denn auch ohne die Lösung imperialer Auseinandersetzung bleiben der Menschheit noch genügend Aufgaben, die sie zu bewältigen hat, wenn sie ihr Überleben – und das Leben überhaupt – sichern will.

Osterbescherung bei Vogel Strauss

Sie sind voluminöser und schwerer als manche Zuckermelonen: Die imposantesten Ostereier im Bezirk Horgen legen zwei Straussendamen in Schönenberg. Audienz bei den stolzen Produzentinnen.

Arthur Schächli

Graziös und mit federnden Stelzbeinen schreiten sie daher und empfangen den Besucher mit neugierigen Augen und mit majestätisch erhobenen Köpfchen: Berta und Soraya, die beiden an die zweieinhalb Meter grossen Zuchthennen auf dem Straussenhof der Familie von Monika und Hanspeter Pfister im Wädenswiler Ortsteil Schönenberg. Dort, auf dem etwas entlegenen Bauernhof Rain, haben die beiden tierischen Gastgeberinnen zur Audienz geladen. Wegen der derzeit drohenden Vogelgrippe vorsichtshalber im Laufstall und nicht im Freigehege.

Die beiden Weibchen von Straussenmännchen Rudolf haben denn auch allen Grund zum Stolz – erst recht in diesen vorösterlichen Tagen. Sie sind schliesslich die Produzentinnen der bezirkswweit einzigen Strausseneier – und folglich auch der konkurrenzlos grössten Ostereier weit und breit. Über 40 Stück der durchschnittlich etwa 15 Zentimeter grossen und 12 Zentimeter breiten und 1500 bis 1800 Gramm schweren Eier haben die fleissigen Straussenlady's der afrikanischen Rasse Zimbabwe-Blue seit dem 23. Februar bereits gelegt. Natürlich aber betreiben Berta und Soraya ihr Geschäft mit den beeindruckenden, weissen oder auch cremefarbenen, dickwandigen Dingern nicht so sehr der Osterbescherung wegen. Aus den Gelegen soll später zahlreicher Nachwuchs schlüpfen – dieses Jahr voraussichtlich just ab dem Osterwochenende. Und zwar für die Straussenfleischproduktion, ein wichtiger Nebenerwerb auf dem 31 Hektaren grossen Milchwirtschaftsbetrieb der Pfisters. Zu diesem Zweck kommen die Eier



Beim tierischen Fotoshooting präsentieren Soraya und Berta samt Nachwuchs ihre vorösterliche Eierpracht in einem von Monika Pfister für den Osterverkauf geflochtenen Lianen-Nest. (Bilder: Arthur Schächli)

jeweils für rund 40 Tage in einen 36 Grad warmen Brutofen. Mit einer leistungsstarken Lampe durchleuchten die Straussenhalter von Schönenberg dann jeweils die Bruteier und prüfen, ob sie befruchtet sind oder nicht. Einzelne unbefruchtete Exemplare – allesamt so gross wie

20 bis 25 Hühnereier – verkauft die Familie gelegentlich auch direkt ab Hof an Kunden, die sich und ihren Gästen dann etwa ein Mega-Rührei oder eine Magnum-Omelette gönnen. Zur Osterzeit finden zudem auch die blossen Eierschalen von unbefruchteten Strausseneiern je-

weils dankbare Abnehmer:innen. Fehlen dürfen die exklusiven Eierschalen der Grösse XXL selbstverständlich auch nicht in den Osternestern und an den Ostergestecken, die Monika Pfister aus Lianen oder Haselzweigen anfertigt und dann ebenfalls verkauft.



Linkes Bild: Straussenhalterin Monika Pfister mit einer ihrer Osterkreationen. Rechtes Bild: Beim Durchleuchten zeigt sich, ob das Straussenei befruchtet ist.



Eine Schwächung des Mieterschutzes ist nicht angebracht

Aktuelle Revisionsvorhaben streben im Zusammenhang mit der Untervermietung und der Kündigung der Wohnung wegen Eigenbedarfs eine Schwächung der Rechte von Mietern an. Eine grundsätzliche und objektive Betrachtung des geltenden Rechts zeigt jedoch, dass eine Schwächung nicht angebracht ist.

David Leuthold *

Das Privatrecht regelt die Rechtsbeziehungen zwischen privaten Rechtssubjekten und geht davon aus, dass sich diese auf Augenhöhe gegenüberstehen. Privatrechtliche Akteure sind deshalb grundsätzlich weder beaufsichtigt noch an die Verfassung gebunden. Unter Geltung der Privatautonomie ist ihnen erlaubt, was das Gesetz nicht verbietet.

Keine Begegnung auf Augenhöhe

Die Annahme, dass sich private Rechtssubjekte auf Augenhöhe begegnen, existiert in vielen Rechtsgebieten allerdings nur in der Vorstellung des Gesetzgebers. Schon wenn juristische und natürliche Personen an einem Rechtsgeschäft beteiligt sind, trifft dies kaum noch zu. Oder wer hat jemals mit seiner Bank oder seinem Mobilfunkanbieter über den Vertragsinhalt verhandelt? Von rechtsgeschäftlichem Handeln auf Augen-

Die Annahme, dass sich private Rechtssubjekte auf Augenhöhe begegnen, existiert in vielen Rechtsgebieten allerdings nur in der Vorstellung des Gesetzgebers.

höhe kann noch weniger die Rede sein, wenn existenzielle Bedürfnisse durch Private erbracht werden. Die Position einer Vertragspartei, die im privatrechtlichen Rahmen für elementare Bedürfnisse einer Partei aufkommt, ohne selbst eine entsprechende Leistung entgegenzunehmen, nimmt hoheitliche Züge an. Dies gilt insbesondere für das Mietrecht. Durch die einseitige Gefahr eines Wohnungsverlusts oder einer negativen Referenz schwebt über Mietverträgen stets eine nötige Komponente zulasten der schwächeren Partei.

Zwar enthält das Mietrecht zwingende Normen zum Schutz der Mieter:innen, die der Privatautonomie Grenzen setzen. Am Machtgefälle zwischen den Vertragsparteien ändert dies indessen wenig. Vermieter:innen, die den defekten Kühlschrank nicht ersetzen, den selbstverursachten Lärm nicht

entschädigen oder die Senkung des Referenzzinssatzes nicht weitergeben, haben in der Regel nur zu befürchten, dass sich ihr unrechtmässiges Handeln für sie nicht auszahlt. Mieter:innen müssen sich für ihre Anliegen meistens an juristisch geschulte Immobilienverwaltungen wenden, die den Interessen des auftraggebenden Vermieters verpflichtet sind. Begehren von Mieter:innen werden dementsprechend oft zu Unrecht abgewiesen, wobei der Ton, in dem dies geschieht, eher an eine Behörde als einen ebenbürtigen Vertragspartner erinnert.

Auf einen Anwalt angewiesen

Vom Gesetz zur Verfügung gestellte Massnahmen zum Schutz der schwächeren Partei erfordern zur korrekten Umsetzung häufig fundierte juristische Kenntnisse. Die falsche Anwendung kann wiederum schnell zur Kündigung durch den Vermieter berechtigen. Um zumindest in dieser Hinsicht ein gewisses Gleichgewicht herzustellen, sind vorwiegend Mieter auf die Mandatierung einer Rechtsanwältin angewiesen, was entsprechende finanzielle Ressourcen voraussetzt. Daran ändert der Umstand vielfach wenig, dass Schlichtungsverfahren in mietrechtlichen Angelegenheiten kostenlos sind. Und selbst wenn ein Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege besteht, kann dieser grundsätzlich erst vor Gericht geltend gemacht werden. Ob es jedoch zum Gerichtsverfahren kommen wird, ist zum Zeitpunkt der Mandatierung eines Rechtsanwaltes noch völlig offen. Ohne Versicherung ist Rechtsschutz in einem ersten Schritt aus der eigenen Tasche zu bezahlen und deshalb für die wenigsten Mieter erschwinglich.

Im Ergebnis überlässt die gesetzgeberische Fiktion des Handelns auf Augenhöhe das Recht in mancher Hinsicht dem Stärkeren und hat zur Folge, dass die Einhaltung vieler gesetzlicher Pflichten von dessen Willen abhängt. Damit kommen die Vorzüge der Privatautonomie in erster Linie dem Vermieter zugute. Da die Wohnung für Mieter eben keine austauschbare Leistung ist, sondern eine Grundlage der Existenz, wird dieses Problem auch nicht durch den Markt geregelt. So stehen Mieter selbst im Falle offensichtlich berechtigter, vom Vermieter dennoch verweigerter Ansprüche vor der Wahl, entweder auf die Leistung zu verzichten oder den teuren Rechtsweg zu beschreiten.

Misstände an der Tagesordnung

Ein grosser Teil der Vermieter mag vorbildlich sein. Dennoch sind Misstände an der Tagesordnung. Ignorierte Begehren um Mietzinsreduktion, die ungerechtfertigte Abwälzung von Kosten auf Mieter oder die Verwendung des Mietzinsdepots als Druckmittel zum Ersatz längst amortisierter Ausstattung seien hier bloss beispielhaft erwähnt. Es ist evident, dass viele Ansprüche von Mieter:innen unbefriedigt bleiben, weil ihnen aufgrund der aktuellen Rechtslage die Hände gebunden sind.

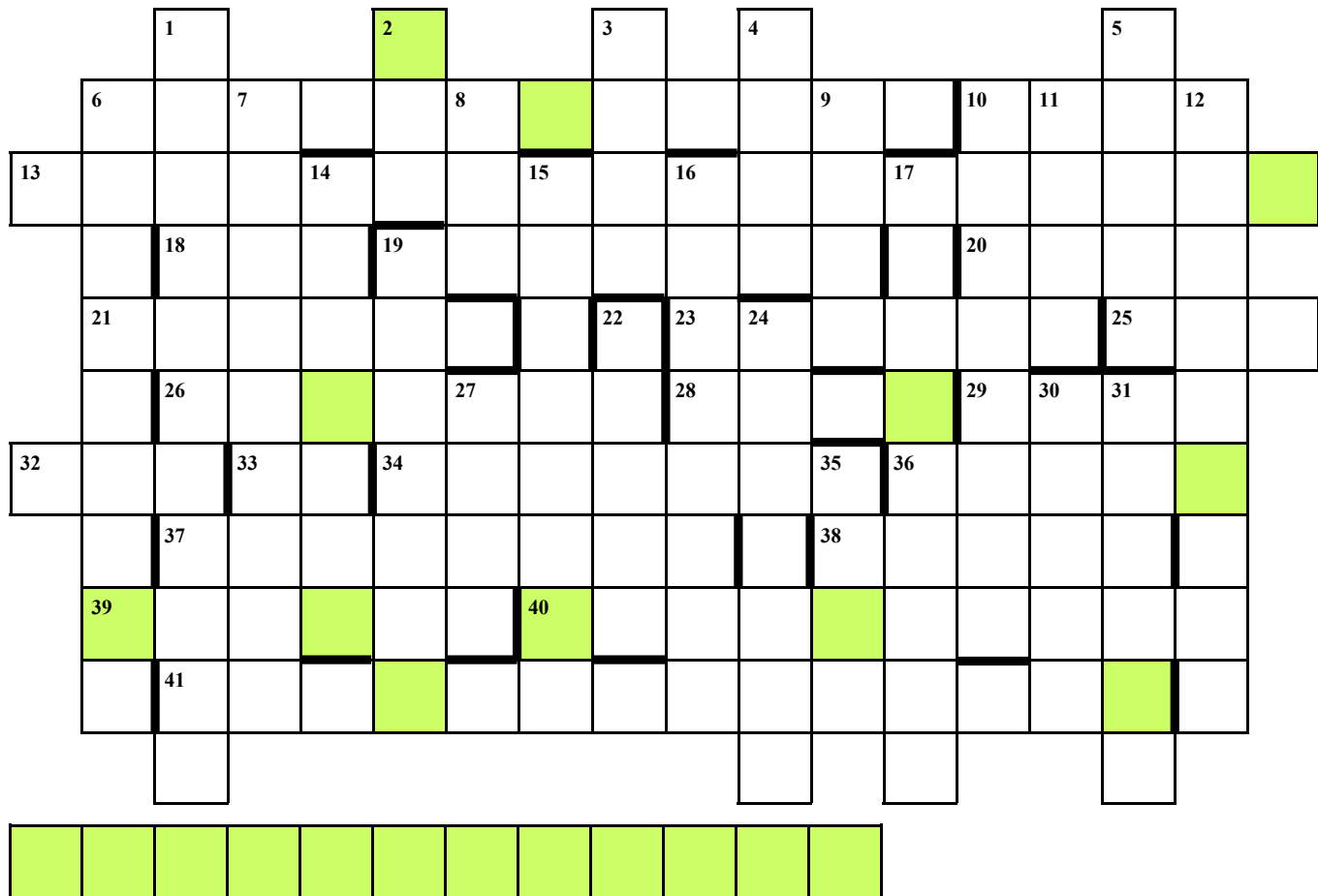
Die vom Nationalrat angenommenen parlamentarischen Initiativen wollen die Untervermietung künftig von einer schriftlichen Zustimmung des Vermieters abhängig machen, wobei eine Untervermietung ohne solche Zustimmung zur Kündigung berechtigen würde. Ferner soll die Kündigung bei Eigenbedarf beschleunigt und erleichtert werden. Dadurch würde der drohende Wohnungsverlust für Mieter noch realer und das schon existierende Ungleichgewicht weiter verstärkt.

Selbst wenn es beim Eigenbedarf und der Untermiete Handlungsbedarf gäbe, erschiene dies im Hinblick auf das bestehende Ungleichgewicht nicht revisionswürdig.

Wer heute ernsthaft an eine Schwächung des Mieterschutzes denkt, ignoriert den Umstand, dass schon die geltende Regelung den Vermietern eine behördenähnliche Stellung einräumt, die viel zu oft ausgenutzt wird. Selbst wenn es beim Eigenbedarf und der Untermiete Handlungsbedarf gäbe, erschiene dies im Hinblick auf das bestehende Ungleichgewicht nicht revisionswürdig. Den Mietern kann nicht zugemutet werden, eine weitere bittere Pille zu schlucken, bloss weil den Vermietern der Schuh drückt. Das Mietrecht bedarf, wenn überhaupt, einer Verbesserung des Mieterschutzes.

* David Leuthold ist Rechtsanwalt in Zürich

Was kann man Karnivor:in nicht für ein Steak vormachen?



Lösungswort (markierte Felder von oben links nach unten rechts, generell gilt $I = J = Y$): «**Ach halt doch die Fresse!**» ist, was man **Massnahmenkritiker:in, Putinverstehher:in und Konsorten** gerne darauf antworten würde, oder **Äusserung, die durchaus auch als Auszeichnung für Qualitätsjournalismus** verstanden werden kann.

Waagrecht:

6. Geschmacksrichtung, unnachgiebig und Blattwerk: vielleicht ein Anlass, ins Tessin zu fahren, ... 10. ... wo der Himmel, so die Hoffnung, so nicht sein soll. 13. Zeitpunkt, an dem Nachteulen wie Frühaufsteher:innen quasi gleichermassen benachteiligt sind. 18. Der ist kleiner als die, jedoch grösser als ein Teich. 19. Medikamentensüchtiger Filmopolizist, der solchen selten zu nutzen scheint. 20. Regiert gleich im Doppelpack im Kaspar-Escher-Haus. 21. Sie seien wie Beziehungen, man müsse ausprobieren, ob sie passen. 23. Solcher ist schwer, wie schon die alten Römer wussten. 25. Hat wohl nicht nur buchstäblichen Anteil am Entspannungswochenende. 26. War sozusagen Hofmaler im Reich der Dunkelheit. 28. Wie Conny in Friesland vielleicht genannt würde.

29. Ou ne pas, fragt sich der Däne an der Seine. 32. Ob Vera oder Riesenschlange, beide kennt man singend. 33. Ist schnell gebrochen, auch mit D am Ende. 34. Geschwister die so: heisst enge Verhältnisse im 33 waagrecht. 36. Sein 18 waagrecht liegt sozusagen am Boden. 37. Gab weiland den weiblichen Part des schrillen Schweizer Traumpaars in Berlin. 38. Stadt in Baden Württemberg, falls nicht an der Sonne alle Viere von sich strecken. 39. Mit Prinzipienreitern kann man kaum welche stehlen. 40. Nichts als Strass sind sie für Farnziskaner:innen. 41. Kann man eingefleischten Karnivor:innen nicht für ein Steak vormachen.

Den Talon zur Einsendung des Lösungswortes finden Sie auf Seite 8. Einsendeschluss ist am Dienstag, 11. April um Mitternacht.

Senkrecht:

1. Pfad, Huftier, und anderswo Marschland: was man so macht mit dem Müll. 2. Der Stoff, aus dem Timothy Learys Träume sind. 3. Für Willy was Tümmeler für Flipper. 4. Wo in Somerset schon die alten Römer baden gingen. 5. Ist der kultige Dominik aus dem Kinderprogramm. 6. Allrounder nennt der sich heutzutage auf gut Neudeutsch. 7. Sind zwar gerührt, aber nicht wirklich ergriffen. 8. Kurz ein explosiv anmutender Postkonkurrent. 9. Wie Andersens Entlein, jenseits des Ärmelkanals. 10. Sie seien – so Peter Schumacher – die Gezeiten der Seele. 11. Worauf Hornusser:innen sich tummeln, falls nicht 500 Bogen Briefpapier. 12. Wär eher ungelenk, hätt's jene am Handgelenk. 14. Von der gesagt wird, sie sei die schnellste Lehrerin. 15. Manieren sind wich-

tig, im Land in Vorderasien auch buchstäblich. 16. Heinrich auf dem Pausenplatz und ein Wurfspiess: ein Ex-Kollege von 20 und 20 waagrecht. 17. Ob Central oder Hawelka, die illustre Gästeschar der Wiener Kaffeehauskultur. 19. Schutzwaffen für Lancelot und Konsorten, falls nicht die Blauäugige aus der Blauen Lagune. 22. Geistiges Asthma bekomme – meinte Jean Marais – wer jedem solchen hinterher renne. 24. So zu sein: Wer alles hat, dem fällt es möglicherweise leichter. 27. Der Franzose der schrieb, jeder Schweizer trage seine Gletscher in sich. 30. Dank welchem (auch unter anderem Namen) die Welt frühmorgens in die Gänge kommt. 31. Grammatikalisch starke, sonst aber eher schwache Tätigkeit des Wassers. 35. Der sei wie Fisch: am dritten Tag fange er an zu stinken.

Selbstdurchsetzung

Der Franco-Algerier Az wird in der Clique wie der Familie als Sensibelchen verlacht.

Während Mutter und Schwester froh sind, dass Az (Yasine Houicha) mit der Liebesverbindung zur Französin Jessica (Tiphaine Daviot) ein potenzieller sozialer Aufstieg geglückt ist, bleibt innerfamiliär einzig die Oma skeptisch. Das Befremden der sehr divers zusammengesetzten Clique, die sich auch etwas vernachlässigt fühlt, betrifft die sichtbaren Folgen des sozialen Gefälles zwischen Az und Jessica: Sie befürchten dessen Selbstaufgabe. Erst als die Seriendarstellerin Jessica mit dem Serienstar Giacomo (Guillermo Giuiz) anbandelt, also ihrerseits sozial nach einem vermeintlichen Oben schielt, kommt Schwung in die Gemengelage.

Das Drehbuch von Nour Ben Salem und Emma Benestan (auch Regie) verknüpft eine kritische gesellschaftliche Schwelle in Kombination mit einem individuellen emotionalen Dilemma. Als einziger Mann im Migrationshaushalt kollidiert die Erwartung an Az mit den sich ihm bietenden Möglichkeiten. Diesem Druck gab er bislang für gewöhnlich nach, unabhängig davon, wie sehr es ihm eigentlich gefällt. Lila (Oulaya Amamra) ist die einzige Frau in ihrer



Fünferbande und wird von Az lange als Buddy, die ihm das Tanzen beibringen kann oder als trostspendende Schulter angesehen. Und dies, obschon ihr Interesse an ihm weitreichender wäre. Im Unterschied zu Az hat Lila ihren Stolz. Etwas, das Az in «Fragile» erst mal als Mangel erkennen, das Bedürfnis für eine Veränderung verspüren und die Bereitschaft, daraus auch Konsequenzen abzuleiten aufbringen muss. Herkunft und Geschlecht sind an der Côte d'Azur offenbar weit weniger prägend als die soziale Klasse. Az steht vor den Prüfungen, sein Wesen gegen eine stereotype Männlichkeit zu behaupten, wie auch die Unterscheidung zwischen tatsächlicher Liebe und blosser Ausnutzung seiner Gefühle erkennen zu lernen. Ergo ein eigentliches Selbstwertgefühl zu entwickeln. Umgebungsverträglich, aber nicht primär von äusseren Einflüssen abhängig. *froh.*

«Fragile» spielt im Kino RiffRaff.

Verwunderung

«Sisi und ich» zeichnet das (frei erfundene) Eintauchen in eine fremde Welt nach.

Für jemanden Adliges auf Fürst:innen-Niveau müsste es eine Ehre sein, als Gesellschafterin für Kaiserin Sisi (Susanne Wolff) auserkoren worden zu sein. In Irma (Sandra Hüller), der Hauptfigur des Drehbuchs von Frauke Finsterwalder (auch Regie) und Christian Kracht, sträubt sich hingegen alles dagegen. Seis drum. Es ist entschieden, also reist sie nach Griechenland. Sisi geniesst dort mit ihren Gespielinnen Fritzi (Sophie Hutter) und Marie (Mareis Riegner) ein ausser dem natürlich ebenfalls adligen Butler (Stefan Kurt) ein von Männlichkeit genauso wie vom Hofzeremoniell befreites Leben nach ihrer jeweiligen Fassung. Und die kann minütlich von einem Extrem ins andere kippen. Auf Irma wirkt das alles höchst eigenartig und fremd. Die auch körperliche Intimität zwischen den Frauen und das in der Folge auch intrigante Buhlen um der Kaiserin Gunst, vor allem aber die befreite Lebenslust beginnen auch in Irmas Weltsicht Veränderungen hervorzurufen. Als Sisis schwuler Schwager (Georg Friedrich) auftaucht, um sich von seinen Rausch- und Sexexzessen zu erholen, weicht Irma irritiert zurück, dieser offen zur Schau gestellte Hedonismus geht ihr ent-



schieden zu weit. Die Reise geht weiter, Gründe für Ortswechsel gibts immer. Doch erst als Sisi mit ihrer Entourage vom Kaiser (Markus Schleinzer) nach Hause zitiert wird, eröffnet sich sogar für Irma, wie sie die Auszeit in vergleichsweise Freiheit verändert hat. Ihre anfängliche Mühe verändert sich und stellt sich jetzt gegenüber ihrem angestammten Verhalten ein. Der Film ist unterteilt mit Popmusik und profeministischen Ideen, die adlige Damen in der Adelsrepublik der Serenissima in Venedig tatsächlich für sich herausnehmen konnten, gibt sich insgesamt aber klar als Wunsch-dir-was-Bild aus einer deutlich heutigen Perspektive zu erkennen. Immerhin mutiert das Drehbuch nicht zum Rachezug gegen die Kaiserin. Aber es reicht jetzt auch mit neuen Sisi-Filmen. *froh.*

«Sisi und ich» spielt im Kino Alba.

Zurückkämpfen

Die algerische Tänzerin Houria kämpft sich nach einem Schock zurück ins Leben.

Ihrer Mutter zu helfen, ein langjähriges Trauma zu überwinden, indem sie ihr als Tochter ein Auto kauft, ist für Houria (Lyna Khoudri) ein mindestens genauso grosses Anliegen wie ihr eigenes Fortkommen als Tänzerin. Am Vorabend eines entscheidenden Vortanzens gewinnt sie bei den (vermutlich) illegalen Mufflonkämpfen in irgend einer schummrigen Ecke Algiers einen Haufen Geld. Doch der Eigner des unterlegenen Tiers wittert Diebstahl und Betrug und nützt seine rein physische Überlegenheit rücksichtslos aus, um Houria den Gewinn wieder abzunehmen.

Als sie blau und grün geschlagen im Spital wieder erwacht, ist eines ihrer Beine kompliziert geschient und verschraubt. Das Casting hat sie verpasst, das Geld ist weg und als psychische Reaktion auf diese Mehrfachohnmacht versagt



ihr die Stimme. Mounia Meddour (Drehbuch und Regie) interessiert sich in «Houria» wie bereits in ihrem Erstling «Papicha» für die Notwendigkeit wie auch die Schwierigkeit für junge Frauen, Kräfte zu mobilisieren, die ihnen entgegen aller Widerstände ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. In einem Land mit einer langen Reihe traumatischer Erlebnisse für alle Generationen: Eroberungskrieg, Bürgerkrieg, Terrorismus, Amnestien und Perspektivlosigkeit (nicht nur) für die Jugend. Ihre Filme zeigen energisch willensstarke und entschlossene Frauenfiguren, die mehrheitlich reüssieren. Die Siege sind aber immer auch von einer Bitterkeit begleitet, weil der Preis für den Kampf (zurück) in ein selbstbestimmtes Leben einen exorbitanten Preis kostet.

Hourias beste Freundin ist nicht bereit, diesen in Algerien zu bezahlen und entschliesst sich, das Wagnis einer Mittelmeerquerung für eine sehr ungewisse, aber potenziell bessere Zukunft in Europa einzugehen. Houria findet in einer begleiteten Selbsthilfegruppe für traumatisierte Frauen durch die Kraft der Gemeinschaft zurück zum Tanz und darüber letztlich auch wieder zurück zu einem Lebensmut. *froh.*

«Houria» spielt im Kino Houdini.

«Onleihe» und allerlei Ausflüge in die akustische Ökologie

Samstag, 1. April

8.30 SWR: «**E-Books ausleihen.**» Warum Verlage und Bibliotheken um die Onleihe streiten. Dirk Asendorpf zum Versuch der deutschen Ampel-Koalition, «faire Rahmenbedingungen» in diesem Interessenskonflikt zu schaffen. Wer in der Bibliothek etwas ausleihen will, muss dafür nicht einmal hingehen; jedes zehnte vermittelte Buch ist ein E-Book, Tendenz stark steigend. Durch die sogenannte Onleihe sehen Autor:innen und Verlage ihre Existenz gefährdet. Bibliotheken beklagen, dass ihnen Bestseller oft erst Monate nach Erscheinen verkauft werden. Wie könnte eine für alle Beteiligten akzeptable Regelung aussehen?

11.00 DLF: «**Im Vollrausch.**» Dänemarks Jugend und der Alkohol. Gunnar Köhne in der Reportage-Reihe Gesichter Europas. Gleichzeitig bei SRF 2 die «Musik für einen Gast» mit Lorenz Pauli, Kinderbuchautor.

17.00 SWR: «**Zeitgenossen.**» Andreas Mühe, Fotograf. Präsentiert wird der Berliner als «ein ganz besonderer Augenzeuge deutsch-deutscher Befindlichkeit»: 1979 im damaligen Karl-Marx-Stadt als Kind einer Theater-Dynastie «mit schwäbischen Wurzeln» geboren.

20.00 SRF 2: «**Aus dem Hohlraum**» von Bettie I. Alfred. Acht Szenen einer Ehe. Es sei die «melancholisch-groteske Bestandsaufnahme eines Paares am Rand», heisst es in der Vorschau, ein «schwarz-weisses Kammerhörspiel der unangefochtenen Meisterin des schwermütigen Humors im Auditiven.» Gleichzeitig beim DLF das im Januar ausgewählte Hörspiel des Monats: «Wes Alltag Antwort gab» von Gesche Piening. In der Begründung der Jury der Akademie der Darstellenden Künste steht, es biete «Zugang zu einem monologischen Gesellschaftsportrait, das eindrücklich und aufwühlend seine Zuhörer bannt». Eine wohl exemplarische Passage: «Was möchte ich?! Ich möchte mein Gegenüber verstehen, um einen Vorteil daraus zu ziehen. Wenn ich den Vorteil nicht sehe, breche ich die Kommunikation ab. Das findet nicht jeder toll, ist auch nicht höflich. Ich höre oft, ich wirke aggressiv und das nervt mich ehrlich gesagt. Aber das ist bloss Formkritik. Das ist keine fachliche Kategorie, die mich vorwärts bringt.»

21.00 SRF 2: «**Musik unserer Zeit.**» Zweitausstrahlung des Beitrags von Florian Hauser über Fritz Hauser und die Neue Musik an und für sich.

22.00 DLF: «**Musik als Ökosystem.**» Der Komponist und Naturforscher Marcus Maeder. Vorgestellt von Gisela Nauck im Atelier neuer Musik. Manifestieren sich Phänomene des Klimawandels akustisch in Bäumen, Pflanzen, im Boden? Genau dem sei der Schweizer Klangkünstler auf der Spur. «Er versteht sich nicht als Erfinder von Musik, Ausgangspunkt seines künstlerischen Tuns ist vielmehr die Wahrnehmung der Umwelt.» Gleichzeitig bei SWR 2 Kultur die Jazztime: «Fun Fair for Faked Facts.» Henry Altman zum Humor im Jazz. Und nach 23 Uhr folgt hier: «Hunger.» Hörspiel nach dem Roman von Knut Hamsun. Produziert anno 1961!

23.00 DLF: «**Pablo Picasso: Titan, Aktivist, Macho.**» Susanne Luerweg und Sabine Oelze gestalten eine Lange Nacht über die vielen Leben des spanischen Genies.

Sonntag, 2. April

8.30 SRF 2: «**Kein Frieden ohne Waffen?**» Judith Wipfler stellt die Frage dem Ethiker Frank Mathwig, der in ihrem Perspektiven-Podcast meint, die offene Debattenkultur sei dem Krieg zum Opfer gefallen. Und der evangelische Theologe räumt auch ein, dass es eine einheitliche «protestantische Friedensethik» nie gegeben habe. Nur die historischen Friedenskirchen – etwa Täufer, Mennoniten oder Quäker – betrieben eine konsequente, kompromisslose Theologie der Gewaltfreiheit. Diese ebnete einst



den Weg für die weltweite Kirchengemeinschaft ÖRK. Doch der ÖRK schein heute zahn- und machtlos. Ähnlich wie UNO und Völkerrecht. Was müssten Christinnen und Christen tun, um Frieden vorzubereiten? Demokratie sichern, meint Frank Mathwig. Und am Ostermontag würden sich Friedensbewegte wieder auf Ostermärsche und Friedenswege begeben.

9.30 DLF: «**Die Gewalt ist keine Metapher.**» Essay von Ronya Othmann. Omnipräsent sei sie und zugleich unsichtbar. In den sozialen Medien, im Theater oder in Büchern werden Gewaltdarstellungen jetzt mit Trigger-Warnungen versehen. Wie kann man von Gewalt erzählen? Dies die Frage, der sich die Schriftstellerin am Kölner Kongress 2023 des DLFs zum Thema Erzählen stellte.

12.00 SWR: «**Veronika Berg Stuttgart.**» Susanne Babila über eine Herberge für kranke Flüchtlinge aus der Ukraine.

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Mit Kathrin Altwegg, Weltraumforscherin.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Maren Kroymann, Kabarettistin.

14.00 SWR: «**Hiersein ist herrlich.**» Rilkes Duineser Elegien. Feature von Norbert Hummelt.

15.00 SRF 2: «**Maestro der Comebacks.**» Der brasilianische Pianist und Dirigent João-Carlos Martins. Zweitausstrahlung einer Passage von Jean-Claude Kuner.

16.30 DLF: «**Riskante Wissenschaft.**» Forschungsthiller im Faktencheck. Sachbuch-Kritik in Forschung aktuell.

18.20 SWR: «**Unter Wasser.**» Hörspiel von Ulrike Almut Sandig. Musikunterricht bei Herrn Mende. Musik – das ist

sein Leben. Aber was bedeutet das alles den Mädchen?

20.00 DLF: «**Tagebücher aus dem All.**» Die Flug- und Weltraumabenteuer von Reinhard Furrer. Feature von Tobias Nagorny.

23.00 SWR: «**Vom Zuhören und Aufhören.**» Was uns unsere Ohren bedeuten. Radioessay von Raoul Mörchen. Es schien, als könnten wir das Hören vergessen, die Gesellschaft war auf dem Weg in ein visuelles Zeitalter. Neil Postman, der Medienphilosoph, prognostizierte schon vor vierzig Jahren, die USA würden bald einen schwarzen Präsidenten haben, aber nie mehr einen dicken. Doch mittlerweile mehrten sich die Zeichen für einen auditiven «Turn.» Klangdesign, Klangkunst, aber auch Forschungsfelder wie die Akustische Ökologie sind im Aufwind.

Montag, 3. April

8.30 SWR: «**Zwischen freier Information und staatlicher Überwachung.**» David Beck über das Internet heute. Ist der Zugang zum World Wide Web so frei, wie wir meinen?

9.00 und 23.00 SWR: «**Die Trompete des Fauns.**» Picasso und die Musik. Start einer Musikstunden-Serie zum 50. Todestag von Pablo Picasso.

14.00 SRF 1: «**Hunkeler in der Wildnis.**» Folge zwei der neuen Krimi-Serie von Hansjörg Schneider.

15.00 SWR: «**Hoffnungsbringer oder Heuschrecken?**» Lukas Grasberger über die digitalen Nomaden. Dort arbeiten, wo andere Urlaub machen! Auf den Kanarischen Inseln etwa sollen sie Kaufkraft und Wohlstand bringen. Doch die Zugezogenen treiben vorab die Mietpreise in die Höhe, alteingesessene Geschäfte müssen Hipster-Läden weichen ...

Dienstag, 4. April

15.00 SWR: «**Ohne Stimme.**» Juliane Sauter über eine Opernsängerin in der Krise.

19.15 DLF: «**Another Earth, another Globe, invoked by another People.**» Vom Diskurs der Rechte der Natur. Feature von Barbara Eisenmann. Flüsse, Tiere, ganze Landschaften streiten vor Gericht. Vor allem im Globalen Süden sind die sogenannten Rechte der Natur weit verbreitet. Was heisst es, die Natur nicht mehr von ihrem Wert für den Menschen her zu denken?

20.00 DLF: «**Moment, das wird Sie interessieren!**» Hörspiel von Stefan Weigl. Sie möchten ihren Account kündigen? Nein, tun Sie das nicht! ...

21.00 SWR: «**Im Geboren-Werden stirbt die Musik.**» Ein Beitrag von Uli Aumüller in der JetztMusik. Ausgangspunkt ist die im Titel zitierte Aussage des Komponisten Wolfgang Rihm.

Mittwoch, 5. April

8.30 SWR: «**Warum es nervt, aber wichtig ist.**» Bernd Lechler zum Warten.

10.00 DLF: «**Keine Lösung in Sicht?**» Der Hausärztemangel auf dem Land.

20.00 DLF: «**Seht, welch ein Mensch.**» Astrid Nettlein über Caravaggios «Ecce Homo.» Parallel bei SRF 2 die «Musik unserer Zeit.» Es geht um Linda Leimane aus Lettland. Danach folgen Aufnahmen vom Festival für Neue Musik in Biel.

21.00 DLF: «**Die wehrhafte Demokratie.**» Teil zwei eines «Denkfabrik»-Kabarett-Abends mit Martin Zingsheim. Texte, Lieder und Talk über zivilen Ungehorsam, Volksentscheide, freie Meinungsäusserungen und Toleranz.

Donnerstag, 6. April

8.30 SWR: «**Pablo und sein Frauenbild.**» Änne Seidel zum 50. Todestag von Pablo Picasso.

15.00 SWR: «**Meine Patientenverfügung.**» Eine Recherche von Eckhard Rahlenbeck.

20.00 SWR: «**O morro foi feito de Samba.**» Lydia Möcklinghoff über den Samba in den Strassen von Rio de Janeiro.

20.30 DLF: «**Searching Blanka.**» Auschwitz überlebt, ermordet in Frankfurt. Teil zwei der Recherche von Marina Schulz und Fabian Janssen.

Freitag, 7. April

8.30 SWR: «**Wie er gelingt.**» Thilo Baum über Bürokratieabbau in der Verwaltung.

9.30 DLF: «**Über Tiere schreiben und sprechen.**» Essay von Maxi Obexer.

11.00 SRF 2: «**Gerettet vor dem Holocaust.**» Reprise einer Passage-Sendung von Katrin Becker zum Wirken des Schweizer Diplomaten Harald Feller in Ungarn.

18.20 SWR: «**Musik aus Gägelow.**» Hörstück von Horst Hüssel. Welch ein Fund!

20.00 DLF: «**Intersektionale Sozschwestertät.**» Feature von Marie Johanna Weil. Ein feministischer Versuch von geschwisterlichem Stolpern durch das Gestrüpp von Geschlecht, gesellschaftlicher Ungerechtigkeit und Gerechtigkeit. Frauen werden gesellschaftlich diskriminiert – cis Frauen und trans Frauen. Nicht immer ziehen sie an einem Strang, aber immer wieder gibt es solidarische Miteinander. Und was machen die Männer derweil? «Die» Männer – welche «Männer»? SRF 1 offeriert den «Atlas der abgelegenen Inseln» von Judith Schalansky in Form einer kleinen musikalischen Weltreise, die der Schweizer Theater-Regisseur Thom Luz vor ein paar Jahren inszeniert hat. Und bei SRF 2 geht es in der Passage von Sabine Appel um «Through the Looking-Glass», die Metapher des Spiegels. Zweitausstrahlung am Sonntag nach 15 Uhr.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. **SWR/Südwestrundfunk 2** – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. **Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!**

Ein Stück Pressegeschichte

Auch beim Nürnberger Prozess der Alliierten 1946 gegen einen Grossteil der führenden Nazis waren die Journalist:innen vor Ort. Wie sie lebten und arbeiteten und wie sie Gericht und Deutsche bewerteten, beschreibt Uwe Neumahr auch mit vielen Geschichten.

Koni Loepfe

Die Journalist:innen waren in Nürnberg im fast ganz erhaltenen Schloss der Bleistiftfabrikanten Faber-Castell vor den Toren Nürnbergs untergebracht. Die Journalist:innen der Medien aus den westlichen Ländern lebten und arbeiteten im eigentlichen Schloss, die Russ:innen in einem separaten «roten Haus», die Frauen und Ehepaare in der Villa im Park. Deutsche Berichterstatte:r:innen durften sich nicht im Schloss aufhalten, sie waren im Gerichtssaal knapp toleriert und unterstanden der Zensur. Die Medien der westlichen Zeitungen waren diesbezüglich recht frei, sie konnten den Prozess, seinen Sinn und seine Führung recht ungeniert kritisieren oder loben, die sowjetischen Medien unterstanden dem stalinistischen Regime, das unerwünschte Berichte sehr hart bestrafen konnte. Kontakte mit westlichen Berichterstatte:r:innen waren vor allem auf der privaten Ebene unerwünscht, fanden aber statt, da den Berichterstatte:r:innen einerseits die beim Prozess präsentierten Fakten gegen die Menschlichkeit und die gezeigten Filme aus den Konzentrationslagern schwer auf dem Gemüt lagen und andererseits der Prozess zäh und langweilig war, gierten sie am Abend nach Gesellschaft, Tanz und viel Alkohol. Diese Geselligkeit zog die Sowjets auch an, zumal sich unter den Berichterstatte:r:innen auch bekannte Schriftsteller:innen befanden.

Uwe Neumahr widmet sich in seinem Buch «Das Schloss der Schriftsteller» vor allem Bekannten, denen er einzeln Kapitel mit vielen Geschichten widmet, die das Liebes- und Affärenleben miteinschliessen. Nicht Berühmtheiten waren damals schon welche: Willy Brandt erlebte den Prozess als ganz «normaler» und noch unbekannter Journalist, der für skandinavische Zeitungen schrieb und mit dem norwegischen Pass Eintritt ins Schloss erhielt. Sein späterer Widerpart Markus Wolf, der künftige Chef der DDR-Spionage, war in einer ähnlichen Funktion für eine sowjetische Zeitung da. Sie begegneten sich damals sicher, ohne dass sie sich gegenseitig zur Kenntnis nahmen.

Anderer stachen als Stars hervor: Wie Erich Kästner, dessen Bücher von den Nazis verbrannt worden waren, oder eine Erika Mann, die zu den

Lautesten des deutschen Exilwiderstandes gehörte. Dazu gehörten ein Alfred Döblin, ein John Don Passos oder William Shirer. Letzterer berichtete in den frühen 1930er-Jahren als amerikanischer Starjournalist teils auch mit Sympathie über die aufkommenden Nazis, wurde dann aber ausgewiesen und kehrte nun zum Prozess zurück. Sehr prominent waren auch Rebecca West, die erfolgreich Romane schrieb, aber vor allem als Journalistin tätig war. Beim Prozess hatte sie eine zusätzliche Rolle, indem sie die Geliebte des amerikanischen Richters wurde. Martha Gellhorn, zeitweise die Frau von Ernest Hemingway (die Ehe scheiterte auch daran, dass Hemingway sie vor allem als seine Frau sah), war eine bekannte Kriegsreporterin, die sich zuvorderst an der Front bei den Soldaten aufhielt und die Befreiung von Dachau miterlebte.

Der Prozess befasst sich mit den Taten der führenden Nazis, und damit stellte sich für viele auch die Frage nach der Kollektivschuld der Deutschen an den Kriegsverbrechen und den Genoziden nicht nur an den Jüd:innen. Dass die überlebenden Deutschen mit wenigen Ausnahmen nur Mitläufer gewesen sein wollten, bekamen die Journalist:innen bei ihren Reportagen mit, nahmen es ihnen indes selten ab. Die Mehrzahl war Anhänger des britischen Diplomaten Robert Vansittart, der den Deutschen schon vor dem Krieg grundsätzlich misstraut hatte und sie nach dem Krieg noch

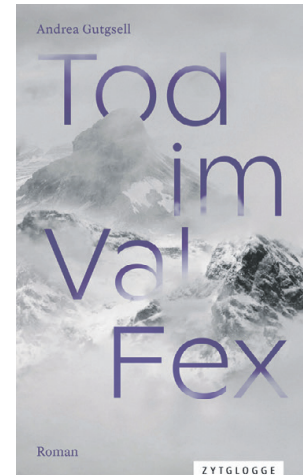


härter als nach dem Ersten Weltkrieg bestrafen wollte. Willy Brandt gehört zu den wenigen, die als Deutscher (was er damals allerdings nur zur Hälfte war) die Niederlage als Befreiung empfand, sich ärgerte, dass keiner und keine zur eigenen aktiven Nazi-vergangenheit stand, aber daran glaubte, dass aus den Deutschen Demokrat:innen werden können.

Uwe Neumahr schrieb weder ein systematisches Buch über die Berichterstattung beim Nürnberger Prozess, noch eines über die wesentlichen Inhalte des Prozesses. Er tippt vieles an, erzählt gerne Geschichten und Anekdoten. Das Buch ist trotz des schweren Inhalts ausgesprochen unterhaltend.

Uwe Neumahr: Das Schloss der Schriftsteller.
C.H. Beck Verlag 2023, 304 Seiten, 38.90 Franken.

Krimi der Woche



Alessandro Gubler, vom Dienst freigestellter Zürcher Kommissar, hütet für einen Freund im Engadiner Fextal auf der Alp 450 Schafe. Nach anfänglichen Schwierigkeiten mit seinem Hund Sky haben sich die beiden angefreundet. Mit der Alphüttenwirtin Hanna,

die im Winter als Psychologin im Spital arbeitet, beginnt eine Liebesbeziehung, die hält. Am letzten Alptag findet er auf der Gletscherzunge eine Leiche, die der Gletscher freigab. Er meldet den Fund der Kantonspolizei und wird in Chur bei Kommissar Cavelti empfangen, der ihm einen Job bei der Kantonspolizei anbietet. Er freut sich darüber, ist aber noch unentschlossen, da sich abzeichnet, dass die Vorwürfe in Zürich sich als haltlos erweisen sollten.

Umso verwunderter ist er, als er erfährt, dass die Kantonspolizei den Fall zu den Akten legt, obwohl der Tote als der seit 27 Jahren vermisste Pietro aus Italien identifiziert werden konnte und er eine Verletzung aufwies, die mit grosser Wahrscheinlichkeit von einem Schuss stammt. Gubler ermittelt auf eigene Faust, mit der stillen Hilfe von Cavelti. Er stösst in Sils Maria auf eine Mauer des Schweigens.

Der Verstorbene war bei der «Cheva plattas da Fex» beschäftigt, ein Steinbruch, in dem ganz spezielle Platten gewonnen wurden. Die Cheva wurde von der Familie Tschumy betrieben, die seit Jahrzehnten und auch heute noch den Gemeindepräsidenten in Sils stellt. Der Steinbruch diente auch als Ausgangspunkt für den Schmuggel.

Wobei, wie Gubler mit der Zeit herausfindet, nicht nur Alkohol und Zigaretten die weisse Grenze passierten, sondern auch Flüchtlinge, die von Schleppern über den Pass geführt wurden. Es gelingt Gubler mit Hilfe von Hanna und einem italienischen Hotelier, das Geschehen aufzuklären: Ein Verbrechen, das auch eine Tragödie mit einer Liebesgeschichte war, die bei vielen eine Schuld hinterliess.

Es ist ein Krimi mit zwei grossen Liebesgeschichten und verstockten Bergler:innen, die dem Cliché der Bewahrer:innen der grossen Geheimnisse nur bedingt entsprechen. Es ist nicht Angst, die sie zum Schweigen bringt, sondern meist eine Portion Mitschuld, sei es nur in Form von Unterlassung. Ein mässiger Krimi, aber eine gute Geschichte. *kl.*

Andrea Gutzell: Tod im Val Fex. Zytlöge
2022, 196 Seiten, 33.90 Franken.

Narrativ

Laurent Nègre nimmt sich die Freiheit heraus, Fragen zur Vergangenheit zu stellen.

Von heute aus besehen, ist die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg weitestgehend von jedem Zwang zur verklärenden Beschönigung befreit (der Wille ist ein anderes Thema). Laurent Nègre stellt in «A forgotten Man» anhand des damaligen Botschafters der Eidgenossenschaft in der Reichshauptstadt Berlin Heinrich Zwygart (Michael Neuenschwander) nach dessen überhasteten Rückkehr alias Flucht zurück in die Familienvilla bei Bern den damaligen Streit um das offizielle Narrativ ebendieser Rolle zur Disposition.

Er stellt das Schwarzweissdenken in Schwarzweissbildern dar. Zwygart ist überzeugt, gerade wegen seiner Leistungen als Botschafter vom damals den Bundesrat unter sich ausmachenden Freisinn als nächstes Regierungsmitglied seine weitere Karriere bestreiten zu können. Ein In-



dustrieller (Sebastian Krähenbühl) und Zwygarts Schwiegervater (Peter Wyssbrod) bleiben in ihrer Deutschfreundlichkeit unbeirrt, während sich via den neuen Freund von Zwygarts Tochter eine Gewissensfrage für ihn auftut.

Zwygart hatte nach dem damaligen Buchstaben des Gesetzes gehandelt und einen jungen Juden wissentlich in den Tod geschickt, indem er ihn nicht ins Land liess. Trotz aller Papiere, Bürg:innen und einer noch immer stolz vor sich hergetragenen, behaupteten internalisierten Menschlichkeit Zwygarts. Dieser Nicolas (Yann Philipona) wird von ihm als Provokation erlebt, als sich unrechtmässig ins Leben seiner Tochter eingeschlichen habende Bedrohung für nichts Geringeres als den Landesfrieden. Nach Alpträumen und der Rückkehr von Erinnerung und der bundespräsidialen Festlegung des ab sofort gültigen Narrativs versucht Zwygart in der US-amerikanischen Botschaft die offizielle Erinnerungsgeschichte in eine realitätsnähere umschreiben zu lassen. Doch der Deckel solle lieber draufbleiben, wurde ihm verheissen und er selbst wurde zum Bauernopfer erklärt, damit diese Ruhe im Karton auch tatsächlich einkehren könne. *froh.*

«A forgotten Man» spielt im Kino Movie.

Recycling

Die Geschwister Pfister schwelgen in «Relaxes-vous!» in ihren eigenen Erinnerungen.

Die Figuren Ursli Pfister (Christoph Marti), Toni Pfister (Tobias Bonn) und Fräulein Schneider (Andreja Schneider) haben sich für «Relaxes-vous!» entschieden, keinen zentralen Erzählstrang einer Handlungsentwicklung zu erfinden, ausser dass sie ihrem Bedürfnis nach Entspannung und Gelassenheit Ausdruck verleihen. Das Jo Roloff-Quartett (Jo Roloff, Piano; Gerry Schmalzl, Gitarre; Jürgen «Speedy» Schäfer, Bass; Immo Hoffmann, Schlagzeug) ermöglicht indes, dass der Abend trotz allem Recycling und einem etwas sehr geruh-samen Start mit der Zeit tatsächlich noch abhebt.

Die Rollen ihrer Kunstfiguren sind seit über dreissig Jahren dieselben und mit ihren Träger:innen auch gealtert (was die Diva Ursli natürlich kategorisch abstreitet). Sie rezyklieren aber nicht nur sich selbst, sondern nehmen auch bekannte Balladen, Songs und Schlager zur musikalischen Vorlage, um darüber einen eigen(sinnigen) Text zu legen. Sie sind davon überzeugt, dass Musik allein den Alltag erträglich macht. Und auch das bisschen Glitzer und Glamour, muss aus Gründen der Transparenz angefügt werden. Nach wie vor verblüffend ist Tobias Bonns Kopfstimme, mit der



er in ungeahnte Höhen vordringt. Die Conférenzen wirken ohne eigentlichen roten Faden etwas launig, teils gar etwas angejährt, aber vermutlich verlangt so ein Blick zurück in Selbstzufriedenheit exakt danach.

Etwas eigenartig ist – dafür können sie auf der Bühne aber nix –, ihre auf Resonanz angelegte Show inklusive ihre haufenweise lustern-schlüpfri-gen Anspielungen in einem Saal voller Personen, die Anstand und Sittlichkeit personifizieren, zu hören. Ein Ping-Pong, das auch die Künstler:innen aufkratzen würde, entsteht so in einem höchstens sehr gemächlichen Tempo. Dabei wären doch Spritzigkeit und Lasterhaftigkeit ihre Spezialität. Aber wenn sie ins Leere hinaus frotzeln müssen, möchte man die Plätze nicht tauschen. *froh.*

«Relaxes-vous! die Geschwister Pfister im Sitzen», bis 31.3., Bernhard Theater, Zürich.

Ich nicht, du auch

Emily Magorian hat das Brexit-Referendum versifft und macht daraus Comedy.

Der Refrain des Icona Pop-Dancetracks «I love it / I don't care!» passt sowohl für die Perspektive der Performerin wie auch jene ihres Schweizer Publikums, wenns um den Brexit und die Folgen geht. Die Stunde Standup-Comedy im Kochstudio (wobei kochen noch zu definieren wäre) ist angeblich vom Rechtfertigungsbedürfnis angetrieben, die sich in der Folge immer deutlicher abzeichnende Misere nicht auf dem Schirm gehabt zu haben. Bisschendemokratisch, wie das britische Wahlsystem organisiert ist, lässt sie ihr Publikum Union-Jack-Fähnchen schwingend pseudoabstimmen oder es ihr beim Outing, also der Selbstbezeichnung der Lässlichkeit bezüglich politischer Partizipation, gleichtun. Und sie spielt voll auf einen Mitleidsbonus, der sie vermeintlich vor jeder Verantwortung befreit. Im Sinn von: Humor ist, wenn man trotzdem lacht. Dass sie Äpfel mit Birnen vergleicht, während sie Speck mit Bohnen in die Bratpfanne kippt, weil der häufigste Versprecher vor der Abstimmung Breakfast lautete, ist primär der Dramaturgie geschuldet, die das Showerlebnis vor jeden Lerneffekt stellt. Das glückt, aber auch nichts hilft. «Brexit is my fault» wirkt wie eine Ex-



(Foto: Janosch Abel)

Negativo-Ermunterung, das Freefloating-Lebensgefühl eines jungen Erwachseneins sehr wohl auszukosten, indes die Fühler nicht automatisch vor der Auseinandersetzung mit politischer Relevanz einzuziehen – und sich trotzdem nicht zu sehr darum zu scheren. Denn eine Vorbildfunktion lehnt sie dezidiert ab.

Emily Magorian sieht weder ihre berufliche oder private Zukunft in Grossbritannien, noch hat sie ernsthaft vor, ihre Stimme bei einem voraussichtlich bevorstehenden schottischen Unabhängigkeitsreferendum abzugeben. Im Sinn von: Schön, haben wir darüber geredet. Humor übersetzen zu wollen, mündet augenscheinlich in eine vergleichbar spezielle Geschmackserfahrung, wie verschiedene demokratische Systeme miteinander in einem Topf verrühren zu wollen. *froh.*

«Brexit is my fault», 25.3., Winkelwiese, Zürich.

Lebensresumé

Zwiesgespräch zwischen einem Lebenden und dessen totem Bruder stellt die Sinnfrage.

Hugo Haas (1901 – 1968/Spiel: Norbert Zid) war Erster Schauspieler am Nationaltheater in Prag und vermochte als Jude vor dem Zugriff der Nationalsozialisten in einer Odyssee bis in die USA flüchten, wo er Kleinstrollen in B-Filmen übernehmen musste. In den Nachkriegsjahren kehrte er nach Wien zurück, wo er auch kein Glück mehr fand. Um zu überleben, musste er seinen Sohn bei seinem älteren Bruder, dem berühmten Komponisten Pavel Haas (1899 – 1944/Spiel: Martin Dvorak) in Brünn zurücklassen, der ihn als eigenen Sohn anerkennen liess und ihn mitsamt seiner Tochter und seiner nichtjüdischen Gattin durch Scheidung vor der Verfolgung und Deportation retten konnte. Nicht aber sich selber. Er wurde in Auschwitz ermordet. In «Haas – Tage nach dem Ruhm», einem Gastspiel der ProArt-Company (tschechisch mit deutschen Übertiteln), sucht der Geist des älteren Pavel den im Exil lebenden Hugo heim und befragt ihn letztlich nach nicht weniger als dem Sinn des (Über-)Lebens. Martin Dvorak ist auch Tänzer, was ihm erlaubt, das um seinen Bruder Herumschleichen mystisch in Szene umzusetzen. Seine Worte sind zwischen Vorwurf und



(Foto: Oskar Stolin)

Neid, Provokation und Wehmut angelegt, schliesslich hätte wenigstens der kleine Bruder nach seiner geglückten Flucht potenziell die Möglichkeit gehabt, aus seinem herausragenden Talent eine weiterführende Karriere zu entwickeln. Stattdessen wurde er des Lebens und der Behelfsmässigkeit der Umstände regelrecht überdrüssig. Genau dies empfindet der Geist des frühzeitig im Gas Verendeten als Affront. Seine Suggestivfragen sind auch Neugier aber noch davor Unterstellungen, die Chance nicht bei den Hörnern gepackt zu haben und stattdessen zu jammern. Das Stück wirft einen Blick auf ein kolossales Dilemma, das Trost durch Leben versus Trost im Tod einander gegenüberstellt und die Aufgabe, eine Antwort zu finden, seinem Publikum überantwortet. *froh.*

«Haas – Tage nach dem Ruhm», 24.3., Keller62, Zürich.

Infragestellung

Arbeitseifer, Konditionierung, Erscheinung. «Show Off» fragt dreimal nach Zwängen.

Stachanow war in der Sowjetunion dafür berüchtigt, dass er die Arbeitsnorm übererfüllte, worauf diese für alle erhöht wurde. Vlatko Kultzen zelebriert in «Ten ways to put up a tent» von Tejus Menon, wie ein an sich eleganter Bewegungsablauf durch seine kontinuierliche Wiederholung bei zu steigendem Tempo die Unterscheidbarkeit zwischen handeln und getrieben verunmöglicht. Ursache und Wirkung werden eins. Marta Allocco und Roberto Doveri sind in «Hard Shell» zwei einander physische nahe körperliche Universen, die dennoch ganz für sich allein bleiben. Aus einem Impuls, der wie ein Blitzschlag mit nachhallenden elektrischen Stössen wirkt, die sie in der Folge zu kontrollieren beabsichtigen, wagen sie einen klitzekleinen Schritt aus ihrer konditionierten Komfortzone und wirken gelöst. Eine komplette Befreiung aber glückt ihnen (noch) nicht. Wie klein der Mut, wie gross der Schutzbedarf, bleibt offen. Jo(seph:ine) Baan und Luc Häfliger exerzieren in «BLOWn» diverse als eindeutige Stereotype einer körperlichen ergo geschlechtlichen Lesbarkeit von Haltung, Aktion und Bewegung geltende Codes durch. Vermutlich in der Absicht, deren sakro-



(Foto: Sara Merz)

sankte Eindeutigkeit als Mär zu überführen oder zumindest den Tatbeweis zu erbringen, wie einfach vermeintliche Grenzziehungen spielerisch überwunden, also auch ad absurdum geführt werden können. Allen drei Arbeiten der aktuellen Nachwuchsplattform «Show Off» glückt es, eine je verschiedene, aber für alle als dringlich erkennbare Fragestellung in eine poetisch lesbare Zwiespältigkeit zu überführen, ohne sich in der Folge der Verlockung einer Verkürzung zu einem Statement alias Finale hinzugeben. Der Akkordarbeiter zeigt Wirtschaftsdruck und Überehrgeiz zugleich, der Ausbruch stellt die Motivation zu verharren oder zu experimentieren als beiderseits möglich hin und auch die als Farce daher kommende Oberflächenstudie winkt mit Hintersinn. Drei regelrechte Spiegel. *froh.*

«Show Off», 26.3., Tanzhaus, Zürich.

Miniaturen

Neville Tranter kreierte exklusiv fürs Theater Ticino ein Programm des Abschiednehmens.

Die alte Dame im Pflegeheim vermag zwar noch mehrere Klimmzüge hintereinander zu vollführen, was sich trotz allem nicht auf die Fähigkeiten ihrer Kurzzeiterinnerung auswirkt. Der als Molière weltberühmt gewordene Dramatiker Jean-Baptiste Poquelin beschwert sich beim Sonnenkönig, dass er der vielen Bühnentode überdrüssig wäre, woraufhin er mit einem exemplarisch vorgeführten den Puppenspieler überlistet. Eine gelbe Froschdame, umschwärmt, erobert und zuletzt schwanger sitzengelassen – aber weil die Männer alle so sind nicht sonderlich überrascht –, versucht ihrerseits Neville Tranter amourös um den Finger zu wickeln, weil die Märchenversion eines solchen Lebens ja die Verwandlung in ein sorgenfreies, glückliches Wesen verspricht, erreicht aber mit ihrem übermütigen sexuellen Übergriff das Ge-



(Foto: Bernhard Fuchs/Archiv)

genteil: Der Puppenspieler quakt. In einer überaus kurzweiligen Stunde beweist der Grossmeister des poetisch-politischen Puppenspiels noch einmal all sein verblüffendes Vermögen, in Miniaturen das ganz grosse Bild zu zeichnen. Das Programm hat er für das Theater Ticino exklusiv zusammengestellt, weil das dortige Publikum ihm in langen Jahrzehnten die Treue gehalten hat – was sich auch leicht umkehren liesse, schliesslich war und ist jeder seiner Besuche ein Geschenk fürs Publikum und nicht primär umgekehrt. Ein Sensemann, obschon chamäleonartig also als Reptil auch ein Symbol für Unsterblichkeit, schickt sich an, aufzuräumen und meint damit weit mehr als die reine Bühnenabmessung. Schicklgruber als Hitler gibt er noch einmal eine Chance zur Besserung, die dieser trotz dreier Anläufe natürlich erneut verkackt, bevor er ihn hinter dem Vorhang der finalen Entsorgung überführt. Ob uns dessen Begriffsstutzigkeit absehbar selber ereilen wird, wenn sich manifestiert, dass dieser Abschied tatsächlich und unumkehrbar ist, wird sich erweisen. Die Wehmut ist schon da. *froh.*

«Looking Back», 28.3., Theater Ticino, Wädenswil. Zusatzvorstellung: So, 2.4., 18h.

Not. Recht. Und Vertrauen

Was hat eine Solaranlage im Alpenraum mit der «Rettung» des Bankenplatzes Schweiz oder mit dem Gaskraftwerk in Birr zu tun? Ganz einfach und salopp zusammengefasst: Das Ersäufen des Rechts im Mistloch der (behaupteten) Not. Gleich bei mehreren Themen stellt sich die Frage, ob in einem Rechtsstaat auch Ausnahmen gemacht werden dürfen vom Recht, und wenn ja, von wem, wie lange, wie ausgedehnt und aus welchen Gründen. Beim bundesrätlichen Notrecht ist das schwammig geregelt. Eine Linie ist nicht erkennbar, die Befürchtung des Missbrauchs steht im Raum. – Themenwechsel (nur scheinbar): Die Reaktionen auf die Grüne Haltung bei der Waffenausfuhr verstehe ich nicht so ganz. Auch hier müsste man bestehendes Recht ändern (geht viel zu lange, die Ukraine kann nicht warten) oder ausser Kraft setzen. Der Ball liegt also beim Bundesrat und seinem Notrecht. Die nicht im Bundesrat vertretenen Grünen geben sich legalistisch und werden dafür gebasht. Wer nicht mit Waffen helfen wolle (obschon es effektivere und legalere Wege gäbe), sei nicht wählbar. Warum also das Festhalten am mühsam erkämpften Waffenausfuhrgesetz? Ich kann nur für mich sprechen, und ich muss auch gleich gestehen, dass ich Verständnis für eine Ausnahme hätte, weil ich keine Bestätigung einer Mehrheit der UNO brauche, dass die Ukraine hier im Recht ist. Dennoch kann ich die Haltung der Grünen mühelos nachvollziehen. Das

Verhalten des Bundesrates (und auch des Parlaments) in den letzten Monaten ist, nett formuliert, mehr als nur Slalom und, weniger nett formuliert: grenzt an Willkür. Putin ist zwar pfui, aber Rohstoff- bzw. Öl-/Gas-handel mit Russland geht immer. Indirekte Waffenlieferung an die Ukraine geht gar nicht, direkte an das kriegsführende Saudi-Arabien no problem. In einer solchen Lage ist jede Durchlöcherung eines Gesetzes, das nicht irgendwelche Güter, sondern das Handelsgut Waffen regelt, mehr als nur heikel. Ich würde viel darauf wetten, dass «Ausnahmen» aus aktuellem Grund sofort dazu missbraucht würden, das Waffenausfuhrgesetz insgesamt zu unterlaufen. Unbestritten war es ja nie. Die Rüstungslobby reibt sich schon die Hände. Und da es Alternativen zu Waffenlieferungen gibt, um der Ukraine zu helfen – die Milliardengarantien für die CS beweisen das –, scheint mir der Preis einer Ausnahmeregelung zu hoch. Denn der gemeinsame Nenner ist: Vertrauen. Wenn man, wie wir Grünen, eine Minderheit darstellen, ist man immer froh, den Schutz des Rechtsstaats auf seiner Seite zu wissen. Dieses Eis ist dünn. Warum sollten wir einem Bundesrat vertrauen, der in Sachen CS unverfroren die Interessen ausländischer Regierungen durchsetzt, die Öffentlichkeit manipuliert und wider alle Realität behauptet, das sei keine staatliche Lösung, die er da getroffen hat? Vertrauen in den Rechtsstaat ist genauso fragil wie das in die Banken. Wenn es tatsächlich

möglich war, den CS-Bankrun mit einem einzigen Tweet auszulösen, dann will ich gar nicht wissen, was es braucht, um das Vertrauen in die Demokratie zu vernichten.

Das Verhalten des Bundesrates (und auch des Parlaments) in den letzten Monaten ist, nett formuliert, mehr als nur Slalom und, weniger nett formuliert: grenzt an Willkür.

Ich fasse zusammen: Die Banken rettet der Bundesrat mittels Notrecht und übersteuert damit Verfassung und Gesetz. Das Waffenausfuhrgesetz übersteuert der Bundesrat nicht mit Notrecht. Weitere Entscheidungen werden mal mit (Gaskraftwerk Birr), mal ohne Notrecht gefällt, je nach Lust und Laune. Das Vertrauen in Regierung, Parlament, Recht und Markt ist damit wieder hergestellt / gestärkt

/ geschwächt / endgültig im Eimer. Nicht-zutreffendes streichen.



Markus Kunz

Reklame



Bitte ausfüllen und
einsenden an:
P.S. Verlag, Hohlstrasse 216,
8004 Zürich oder
aboservice@pszeitung.ch

Ich bestelle

- Probeabo 5 Wochen kostenlos Jahresabo für 230 Franken
 Gönnerabo ab 300 Franken Abo für Menschen mit wenig Geld, 100 Franken

Name / Vorname _____

Strasse / Postfach _____

PLZ / Ort _____